Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 560. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. **Montag, den 29. November 1880.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. November.

11 Uhr. Am Ministertisch: Bitter, Lucius und Commissarien.

Auf den Antrag von Jazdzewski beschließt das Haus, die Staatsregierung aufzufordern, das Strafverfahren gegen den Abg. v. Lyskowski einzustellen.

Darauf wird die zweite Berathung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung fortgesetzt. Die Capitel 103: Thierarzneischulen und Veterinärwesen und 104: Förderung der Viehzucht werden ohne Debatte erledigt. Bei Capitel 105: Förderung der Fischerei, bemerkt

Abg. v. Minnigerode: Die 34 Fischmeister sind mit einem Minimum von 800 Mark und einem Maximum von 1200 Mark bedacht, obwohl sie meistens das Capitänexamen gemacht und eine sehr verantwortliche Stellung haben. Wenn man berücksichtigt, daß es sich überhaupt nur um 34 Personen handelt, so liegen hier doch entschieden sehr niedrige Gehaltsverhältnisse vor. Ich lege es dem Hause wie der Staatsregierung nahe, den Verhältnissen der Fischmeister mehr gerecht zu werden.

Bei Capitel 105 (Förderung der Fischerei) und zwar bei Titel 7 (Wissenschaftliche Commission in Kiel zur Erforschung der deutschen Meere im Interesse der Fischerei: 15,000 Mark) bringt Abg. Schmidt (Stettin) den Bau eines Hauses für die genannte Commission zum Zweck der Anstellung von Untersuchungen über die Seefische in Anregung und bittet um Auskunft über die Resultate der seiner Zeit nach der Danziger Bucht behufs Untersuchung der dortigen Verhältnisse gesandten Expedition.

Minister Dr. Lucius: Für den gewünschten Bau sei bis jetzt ein genügendes Bedürfniß nicht nachgewiesen. Der Bericht über die nach der Danziger Bucht gesandte Expedition sei erst vor wenigen Tagen eingegangen, sein wesentlicher Inhalt werde später publicirt werden. Er freue sich, schon jetzt constatiren zu können, daß die Untersuchung Resultate ergeben habe, die für die Aufbesserung der Erwerbsverhältnisse der dortigen Fischerbevölkerung von wesentlichem Nutzen sein werde.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zu Kap. 106 (Landesmeliorationen, Moor-, Deich-, Ufer- und Dünenwesen) und zwar bei Titel 10 (Vorarbeits- und Verwaltungskosten in Landesmeliorations- und Deichbauangelegenheiten, ferner für das Moorwesen, einschließlich der Beihilfen zur Unterhaltung einer Moorversuchsstation in Bremen 210,000 M.) führt Abg. Mooren aus, daß die Lage der Niers- und Nordcanal-, sowie der Erpmeliorationsgenossenschaft, obwohl dieselben sich als durchaus vortheilhaft und gelungen herausgestellt hätten, eine sehr drückende sei, da die hohen Meliorationsabgaben die Mehrerträge ganz absorbirten. Der Staat habe zwar ein Darlehn und sonstige Beihilfen gewährt; dies genüge aber um so weniger, als die Amortisationsfrist bezüglich der Rückzahlung der staatlichen Zuschüsse eine sehr kurze sei. Wenn nicht baldigst eine stärkere Unterstützung seitens der Staatsregierung eintrete, dann sei der finanzielle Zusammenbruch der genannten Genossenschaften nicht zu vermeiden. Aus eigener Kraft könnten sie sich nicht mehr aufrecht erhalten: die Landwirthschaft sei keineswegs in der günstigen Lage, wie von einer gewissen Seite des Hauses immer betont werde. Er bitte die Regierung, den vollkommenen Erlaß der staatlicherseits jenen Genossenschaften gewährten Darlehne demnächst in Antrag zu bringen.

Geh. Rath Fastenau und Minister Dr. Lucius erkennen zwar an, daß die bezeichneten Genossenschaften als im Ganzen gelungen zu betrachten seien, können aber hinsichtlich des Erlasses der gewährten Beihilfen keine Versicherungen abgeben; dagegen werde die Regierung jenen Interessen weiter ihre Aufmerksamkeit zu Theil werden lassen.

Abg. Dirichlet: Die Herren vom Centrum und der Rechten benutzen jede erdenkliche Gelegenheit zur Erhebung von Angriffen gegen die volkswirthschaftlichen Anschauungen der linken Seite des Hauses. Hier liegt doch nur die Thatsache vor, daß zwei Meliorationsgenossenschaften ein höchst unglückliches Resultat erzielt haben und daß es den Leuten, die ihr angehören, sehr schlecht geht. Damit ist nur bewiesen, daß die Initiative des Staates zur Schaffung solcher Genossenschaften nicht heilsam ist. Die Fortschrittspartei hat stets, sogar im Verein mit dem Centrum, dem Staat das Recht bestritten, die einzelnen landwirthschaftlichen Interessenten wider ihren Willen glücklich zu machen. Liegt denn bei dieser Sachlage eine Veranlassung für die Behauptung vor, diese Seite schildere die Lage der Landwirthschaft immer als eine blühende. Im vorliegenden Falle sind lediglich die Interessenten durch die Intervention des Staats zu Ausgaben gezwungen worden, die über ihre Mittel gingen.

Abg. von Minnigerode: Wenn der Vorredner behauptet habe, der Staat könne durch seine Initiative der Landwirthschaft nicht helfen, so müsse er darauf hinweisen, daß alle großen Organisationen auf diesem Gebiete nur durch die Unterstützung bez. die Initiative des Staates auszuführen seien. Er verweise auf die Nogat- und Weichselregulirung, die ohne diese Initiative nicht denkbar sei. Auch im vorliegenden Falle seien die Interessenten, wenn sie die Initiative nicht selbst ergreifen könnten, auf die Unterstützung des Staats angewiesen. Die Landwirthe seien dem Staate dafür dankbar, daß er ihre Interessen wahrnehme.

Abg. Dirichlet widerspricht dieser Auslegung seiner Worte, da er dem Staate keineswegs die Fähigkeit abgesprochen habe, die Landwirthschaft zu unterstützen. Das vom Vorredner angeführte Beispiel treffe auf den hier zur Sprache gekommenen Fall nicht zu.

Abg. v. Minnigerode: Im Allgemeinen habe doch den Ausführungen des Vorredners der Gedanke zu Grunde gelegen: Selbsthilfe, nicht Staatshilfe! Dem gegenüber mache er darauf aufmerksam, daß die vielgerühmte Selbsthilfe nach den Prinzipien von Schulze-Delitzsch, dessen Bestrebungen er sonst hoch schätze, Fiasco gemacht habe. (Unruhe links.)

Abg. Löwe (Bochum) hält es für eine Pflicht des Staates, im Meliorationswesen der Landwirthschaft Hilfe zu leisten und die Initiative zu ergreifen. Große Flächen könnten für die Entwickelung ihres Wohlstandes nicht darauf warten, bis der letzte Querkopf von der Nothwendigkeit der Anlagen überzeugt sei. Er habe das Wort ergriffen, um gegen eine beiläufige Aburtheilung über das System von Schulze-Delitzsch, wie sie der Vorredner gegeben habe, zu protestiren. Das System sei von den segensreichsten Wirkungen begleitet und werde nicht blos von Volk und Regierung anerkannt, sondern in allen Ländern Europas zur Nacheiferung aufgestellt. (Beifall.)

Der Titel wird bewilligt.

Bei Kapitel 107, Titel 1 (Dispositionsfonds zur Unterstützung der landwirthschaftlichen Vereine und zur Förderung der Landescultur: 228,000 M.) beschwert sich Abg. von Rozanski darüber, daß in Posen die deutschen landwirthschaftlichen Vereine Unterstützungen erhielten, nicht aber auch die polnischen.

Minister Lucius: Die Hilfe und Unterstützung wird sämmtlichen landwirthschaftlichen Vereinen ohne Unterschied, ob sie deutsche oder polnische sind, gewährt. Die polnischen landwirthschaftlichen Vereine haben nur nöthig, sich in Verbindung mit dem dortigen Nationalverein zu setzen, um die betreffenden Unterstützungen zu erlangen. Uebrigens ist mir aus meiner eigenen Amtsführung bekannt, daß verschiedenen polnischen Vereinen nicht unerhebliche Unterstützungen gewährt sind.

Abg. v. Ludwig: Die Verhältnisse von Posen, die jetzt im Augenblick besprochen worden sind, liegen mir zu fern, als daß ich mich darauf einlassen kann. Ich stehe hier ganz einfach auf dem Standpunkte, welchen die Proclamation unserer Könige bei Occupation von Polen kundgegeben hat und ich glaube, wenn gewissenhaft nach den Grundsätzen unserer alten Könige in Posen und Polen verfahren wird, wird Frieden dort werden. Meine Herren, ich bin außerdem in der freudigen Lage, heute constatiren zu können, daß es viel voller ist, als sonst bei einer Debatte über Landwirthschaft (Heiterkeit) und wenn ich die verschiedenen Fractionen mustere, so sind in der conservativen Partei allerdings einige Lücken zu bemerken. Ich habe mich aber überzeugt, daß die Herren draußen Gewehr bei Fuß — zwar nicht Gewehr bei Fuß, aber doch Beefsteak bei Mund stehen. Ich würde diese erfreuliche Thatsache mit einer Fanfare begleiten lassen, leider aber fehlt mir noch der Stabstrompeter für unsere Blechmusik. Im Uebrigen kann ich nicht umhin mein Bedauern darüber auszudrücken, daß, nachdem der Herr Fürst Reichskanzler in der bekannten Rede im Reichstag die geringe Prosperität der heimathlichen Landwirthschaft und ihre Gefahr für die Zukunft so klar gelegt hat, daß kein Zweifel darüber aufkommen kann bei jedem, der unbefangen die Sache ansieht, daß immer noch so geringe Fonds für Meliorationen, für Dispositionsfonds für Landescultur im Allgemeinen hier im Etat figuriren. Ich glaube, die Summen müßten bedeutend vermehrt werden; denn es steht einmal fest, Preußen und Deutschland ist und wird noch auf viele Generationen ein wesentlich ackerbautreibender Staat bleiben und die zwangsweise Erziehung und Hinüberführung zum Handelsstaat, zum Industriestaat war für uns ein Unglück. Meine Herren, daß wir in unserem Lande die nöthigen Brotfrüchte erzeugen, ist absolut nothwendig. Ich habe Sie erst vorgestern auf die Verhältnisse z. B. der Continentalsperre hingewiesen. Ich behaupte aber, daß diese Erzeugung auch möglich ist.

Allerdings würde es nothwendig sein, weitergehend zu melioriren als es geschieht, und was in dieser Beziehung zu thun nothwendig ist, das haben Sie alle und namentlich die Regierung bei Gelegenheit der Enquete über Oberschlesien einzusehen Gelegenheit gehabt. Wie es aber in Oberschlesien ist, ist es in vielen Gegenden, was man dort für zweckmäßig befunden hat, ist in sehr vielen Gegenden zweckmäßig. Ich möchte also wirklich wünschen, daß der Herr Minister der Landwirthschaft und alle diejenigen Herren, die in dieser Beziehung etwas zu sprechen und mitzuwirken berufen sind, sich die schönen Worte vergegenwärtigen, die der Minister der Landwirthschaft in dem republikanischen Frankreich erst diesen Sommer ausgesprochen hat. Die Grundsätze, die der Herr dort publicirte, waren die alten Grundsätze unserer preußischen Könige. Leider ist nun in neuerer Zeit, seitdem wir ein sog. „constitutionelles Regiment" haben, immer nicht mit der nöthigen Liebe für Landwirthschaft aufgetreten und es ist unbestrittene Thatsache, daß unsere ganze Gesetzgebung der jüngsten Zeit der Landwirthschaft nachtheilig und dem Handel und der Industrie förderlicher war. M. H., um also diese allgemeine Geneigtheit dafür herbeizuführen, daß der leidenden, für die Zukunft doppelt gefährdeten Landwirthschaft Genüge geleistet werde, da giebt es nur einen Weg, und dieser eine Weg führt dahin, daß über diese Verhältnisse unbestrittene Klarheit geschaffen werde. Daß dies geschehe, ist entschiedene Aufgabe des Parlaments mit allem Zubehör. Leider ist diese Aufgabe bisher nicht gelöst worden, es findet vielmehr geradezu das Gegentheil statt. M. H., es ist beliebt worden und es ist nützlich, daß die parlamentarischen Verhandlungen öffentlich sind. Diese Oeffentlichkeit hat keinen anderen Zweck, als dem Lande klar zu machen, welche Stimmung, welche Gesinnung nach allen Richtungen hin im Parlament herrsche. Eine Ergänzung der für das Parlament beliebten Oeffentlichkeit ist die Journalistentribüne; sie hat für diejenigen Theile des Volkes, welche nicht in der Lage sind, hier die Tribünen besuchen zu können, die unbestrittene Aufgabe, ihnen klaren, wahren Wein einzuschenken. Meine Herren, das geschieht nicht. (Sehr wahr! rechts.)

Es sind unbestritten tendenziöse Entstellungen unserer Verhandlungen tausendfach in den Zeitungen zu lesen. Ich nehme gewiß hier keine Partei aus, keine Blätter irgend einer Partei. Alle Parteiblätter geben lückenhafte — wenn auch nicht Entstellungen — doch unvollständige Berichte von hier. Kein Mensch ist im Stande, aus einer Zeitung heraus zu erkennen, was hier im Hause vorgekommen ist. (Sehr wahr!) Wenn ich hier auf die Interessen der Landwirthschaft, die Interessen des Grundbesitzes zu sprechen komme, so ist es unbestittene Thatsache, daß die manchesterlichen und liberalen Blätter mit tendenziöser Entstellung vorgehen. Man hat hier kaum ein Wort gesprochen, da oben ist es zehnmal verdreht und kein Mensch im Lande weiß, was man sagt. (Sehr wahr! rechts. Heiterkeit.) Hier muß Remedur geschaffen werden, ich habe Ihnen erst in jüngster Zeit einen eclatanten Fall vorgeführt, wie die Worte des Ministers in der tollsten Weise entstellt waren, in der tollsten Weise für Agitationszwecke benutzt und in der tollsten Weise für Verbreitung der absolutesten Unwahrheit gebraucht werden. Man lese doch die Berichte in der „Nationalzeitung", in der „Vossischen Zeitung" „Tribüne" und „Tageblatt", und wie alle diese Zeitungen heißen, über die Domänendebatte — ich setze eine Prämie von 1000 Thalern aus, wenn mir Jemand aus einer einzigen Zeitung nachweisen kann, was hier gesprochen worden ist. (Heiterkeit.) Man sollte denken, daß das Wort des Herrn v. Bennigsen, des Herrn Sombart für diese liberalen Zeitungen eine gewisse Geltung hätte. Sie Alle wissen, daß Herr v. Bennigsen uns insoweit Recht gegeben, daß allerdings in den guten, rübenbauenden Gegenden die Landwirthschaft prosperire, wie Herr Grumbrecht auch sagte, daß aber große, weite Districte schlechteren Bodens vorhanden wären, wo das keineswegs der Fall wäre. Er hat gesagt, daß dort überhaupt noch die Landwirthschaft existiren könne, das sei eine Folge des alten aufgespeicherten Capitals in den bei den Gütern vorhandenen Wäldern.

Ist denn das ein Prosperiren des Ackerbaues? Gewiß nicht und der Abg. Sombart hat erst gestern, und Sie finden in allen diesen Zeitungen wieder nichts davon, ausdrücklich gesagt, daß anerkannt werden müsse, daß die Landwirthschaft in einer schlimmen Lage sich befinde. Er war nur in dieser Beziehung zu einseitig, indem er sagte, hier träfe die Schuld die Landwirthschaft selbst, sie ließe sich in Dinge ein, denen sie nicht gewachsen wäre. Ich gebe das vollständig zu, es giebt aber eine große Anzahl von Gründen, die außerdem den Rückgang der Landwirthschaft bewirkt haben. Hier kommt es darauf nicht an, aber darauf, daß die Worte des Herrn Sombart und von Bennigsen in keiner dieser Zeitungen zu finden sind. Herr von Meyer hat Zahlen genannt, aus denen hervorgeht, daß der Umstand, daß die Domänenpachtungen gewissermaßen in ihren äußerlichen Geldwerthen gestiegen wären, durchaus nicht dafür spreche, daß die Landwirthschaft in steigender Richtung sich bewege. Von diesen schlagenden Zahlen findet sich kein Wort in der Presse. Ich stelle daher an den Herrn Präsidenten die Bitte, und ich glaube, alle diejenigen, die wünschen, daß im Lande Klarheit über solche Sachen werde, daß im Lande die Agitation ins Blaue hinein unmöglich werde, müssen mich bei dieser Bitte unterstützen, und der Herr Präsident hat mir ja sogar eine gewisse Art Zusage gemacht, er will übermorgen sein Bureau zusammenrufen, um diese dringende Frage in Erwägung zu ziehen. Er mag es thun, es ist dringend nothwendig, daß hier ein Exempel statuirt werde. Wenn auch heute erst die „National-Zeitung", die sich unter jenen Verbrechern mitbefindet, einen sehr hübschen Artikel auf der zweiten Seite bringt, worin sie ausführt, daß doch Parlamente und Presse in gewissem Einklange handeln müssen, daß es absolut nothwendig sei, nur die Wahrheit zu sprechen — was macht sie auf der ersten Seite? Sie bringt Klagen der Landwirthe im Abgeordnetenhause, und was steht darin? Keineswegs die Richtigstellung der Mittheilung des Herrn Ministers der Landwirthschaft vom 15. d. M., daß der Geldwerth der Pachterträge auf das Dreifache gestiegen sei, die Zeitung führt vielmehr aus, daß alle die Klagen mehr oder weniger Unsinn wären und daß es lediglich zu untersuchen sei, ob alle Landwirthe, die es wagten, hierüber zu sprechen, auf richtige Weise daheim arbeiten.

M. H., in Bezug auf das letztere wünsche ich, daß der Minister und alle, die es angeht, und namentlich die Herren von der Fortschrittspartei, insonderheit Herr Dirichlet, der noch Landwirth ist und dessen Verhältnisse ich zwar nicht so genau kenne, noch weniger controliren kann — aber ich bitte den Herrn und alle, die sich dafür interessiren — wenn Herr Lasker im Hause wäre, so würde ich auch ihn bitten, sein Pferd zu satteln (er versprach es ja), (Große Heiterkeit) einmal alle diejenigen Gegenden, die ich ihnen bezeichnen werde, zu besuchen. Es würde mir ein besonderer Vorzug sein, die Herren nach allen denjenigen Orten zu führen, wo ihnen die Augen doch ein bischen aufgehen würden. Also, meine Herren, meine Bitte an den hochverehrten Herrn Präsidenten geht dahin, zu versuchen, hier Remedur zu schaffen. Ich glaube, die Remedur liegt nach zwei Richtungen: einmal, daß gemeine Lüge hier keinen Platz findet; wer sich erlaubt, wiederholt falsche, entstellte oder tendenziöse Berichte über unsere Verhandlungen zu bringen, er mag einer Partei angehören, welcher er will, er muß entfernt werden. (Beifall.) Auf der anderen Seite gebe ich zu, daß die Herren Reporter, die hier oft Dinge hören, von denen sie keine blasse Ahnung haben, recht schwer, ja unmöglich klare, die Worte der einzelnen Redner treffend wiedergebende Berichte machen können. Daher bitte ich den Herrn Präsidenten, dafür zu sorgen, daß wir sogenannte officielle Parlamentsberichte bekommen (Sehr gut), die nicht etwa in dem Augenblick, wo die Debatte stattfindet, vorgenommen, denn diese unsere Preßcommissare da oben auf der Tribüne würden ebensowenig in der Lage sein, alles mit sachverständigem Verstande zu begreifen, was an ihr Ohr schlägt. Aber nachdem die stenographischen Berichte hinausgekommen sind, also vielleicht drei Tage später, ist es für jeden verständigen Menschen, der die Feder in der Gewalt hat, leicht, zu wissen, was die einzelnen Herren gesagt haben. Und daß dies geschehe, ist absolut nothwendig, es kann meiner Meinung nach nur dann eine wirkliche, richtige Einsicht in die weiten Kreise des Volkes getragen werden, die uns ja doch zu wählen haben und durch ihre Wahlen dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß da, wo sie der Schuh drückt, eine bessernde Hand angelegt werde. Es kann das nur auf eine vernünftige sachgemäße Weise für alle Parteien, die es wirklich mit dem Wohle des gesammten Landes ernst nehmen, die mit einem Wort nach Wahrheit und Gerechtigkeit streben, erwünscht sein, wenn dem Volke hierzu Gelegenheit gegeben wird. Darum habe ich diese Bitte gestellt und stelle sie in diesem Augenblicke nochmals. Der Herr Präsident möge die Güte haben, diese flagrante Sache in die Hand zu nehmen. (Beifall.)

Präsident v. Köller: Meine Herren! Diese Sache läßt sich nur bei einer anderen Gelegenheit erledigen, nicht beim Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung. (Heiterkeit.)

Das Capitel wird darauf genehmigt.

Bei den einmaligen Ausgaben, speciell bei dem Titel, betreffend die Anschaffung von Instrumenten, Apparaten u. s. w. an der Thierarzneischule für Hannover u. s. w. bemerkt der Abg. Grumbrecht: Ich freue mich, daß der Thierarzneischule für Anschaffung von Lehrapparaten 2000 M. bewilligt sind, ich hätte nur gewünscht, daß sie dauernd gegeben würden. Wenngleich die Thierarzneischule in Hannover allerdings nicht so bedeutend ist, wie die in Berlin, so ist doch der Unterschied nicht so groß, indem dort 1 Director und 5 Lehrer und hier 1 Director und 7 Lehrer sind, daß die Gehälter zu Ungunsten der Thierarzneischule in Hannover so verschieden sein müßten. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Gleichstellung beider Schulen lenken und hoffe, daß in dem Etat des nächsten Jahres diese ungleiche Behandlung beseitigt wird.

Abg. Schmidt (Stettin) bittet bei dem Titel „zur Hebung der Fischerei" den Finanzminister, den Rest des nicht verbrauchten Staatszuschusses zur Fischerei-Ausstellung dem landwirthschaftlichen Ministerium zur Förderung der Fischerei zu überweisen, denn die Summe, welche im Extraordinarium dafür ausgeworfen ist, reicht nicht dafür aus. Ferner ist bereits seit Jahren Klage von den Fischern an der Nordseeküste erhoben worden über die Uebergriffe ausländischer, namentlich englischer Fischer. Das Strafgesetzbuch enthält allerdings einen darauf bezüglichen Paragraphen, und es wäre interessant, zu erfahren, ob solche Bestrafungen auf Grund dieses Paragraphen schon stattgefunden haben. In der Presse war die Rede davon, daß zur Beseitigung dieser Uebergriffe eine Convention mit England abgeschlossen worden ist, wonach die Grenze für das Fischen der Ausländer festgestellt worden ist, und die englische Regierung bereit ist, diejenigen Engländer, welche dagegen verstoßen, zur Bestrafung ziehen. Ein besonders gutes Mittel gegen diese Uebergriffe bietet die Hilfe unserer Flotte und hat auch bereits der Chef der Admiralität ein Kanonenboot den Fischern in der Nordsee zur Unterstützung gestellt. Hoffentlich wird hier Abhilfe geschaffen und zur Förderung der Fischerei eine größere Summe in den nächsten Etat gestellt werden.

Abg. Brons: Bei dem Interesse, welches die Staatsregierung für die von Emden aus betriebene Heringsfischerei auf hoher See durch ein Darlehn von 150,000 Mark an die betreffende Gesellschaft bewiesen hat, kann ich die Mittheilung machen, daß die Schiffe in diesem Jahre mehr gefangen haben als bisher. Leider sind aber die Preise trotz des großen Fanges nicht so lohnend gewesen, so daß das finanzielle Resultat allerdings kein so besonders gutes ist. Aber dennoch ist, da noch nicht alle Schiffe zurückgekehrt sind, Grund zu den besten Aussichten vorhanden.

Minister Lucius: So viel mir bekannt, ist keine Convention zwischen Preußen und England bezüglich der Fischerei abgeschlossen worden, nur eine Conferenz hat stattgefunden, wonach beide Staaten einig darin sind, daß die Zone von 3—4 Seemeilen maßgebend sein soll für die Ausübung der einheimischen Fischerei. Belästigungen durch englische Fischer haben in den letzten Jahren Reclamationen veranlaßt, ohne daß es, soweit mir es bekannt ist, zu Bestrafungen gekommen ist. Den sichersten Schutz werden allerdings unsere preußischen Kanonenboote liefern, und dies ist in Aussicht gestellt worden. Das finanzielle Resultat der Fischerei-Ausstellung ist ein günstiges, und wenngleich die Rechnung noch nicht völlig abgeschlossen worden ist, so ist doch ungefähr die Hälfte erspart worden, und wenn möglich, soll diese Summe Fischereizwecken gewidmet werden.

Abg. v. Minnigerode will bei Titel 8, betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften u. s. w., sich nicht über den Erfolg des Gesetzes, betreffend die Waldgenossenschaften, trotz vielfacher Bedenken dagegen auslassen, weil darüber noch nicht endgiltig abgeurtheilt werden kann. Die Aufmerksamkeit möge nur auf eine rein forstwirthschaftliche Erwägung allgemeiner Art gerichtet werden. Es empfiehlt sich gegenüber der Calamität, daß wir noch so große absoluten Holzboden repräsentirende Flächen unbebaut vor uns sehen, die sich in Privathänden befinden, dem Gedanken näher zu treten, ob man jetzt nicht von Neuem auf die Aufforstung der Waldungen auf Staatskosten zurückkommen sollte. Es wird ja der Forstbesitzer derartiger kahler Flächen keine Aufforstung vornehmen, wenn er für das jetzt aufzuwendende Capital erst nach 40, 50, 60 Jahren auf eine Rente rechnen kann, während, wenn er von Staatswegen nur einen geringen Zuschuß von 2 Thaler pro Morgen erhielte, er sich dann in vielen Fällen entscheiden würde, Mittel auf derartige Meliorationen zu verwenden. Der Redner möchte der Regierung an's Herz legen, dem Gedanken nicht ganz fern zu bleiben, daß in Zukunft Aufforstungsprämien an Private aus diesem Titel gezahlt werden.

Abg. Schmidt: In Pommern und der Mark ist es nicht gelungen, im Sinne des Waldgenossenschaftsgesetzes von 1875 eine einzige Genossenschaft zu bilden, und das ganze Gesetz ist als ein todtes Kind zu bezeichnen. Es wäre dabei sehr interessant, zu erfahren, wie die dafür aufgestellten Geldposten seit 1876 verwendet worden sind, da ja das Gesetz in Pommern und Brandenburg nicht zur Anwendung gekommen ist.

Damit ist der Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung erledigt.

Es folgt der Etat der Gestütverwaltung. Beim Capitel 108, Titel 1 bis 3 Hauptgestüte in Trakehnen, Graditz und Beberbeck klagt Abg. Hellwitz daüber, daß im Westen, und namentlich auch in der Provinz Nassau, ein so geringer Procentsatz von Pferden zu Remonten angekauft würden. Bei dem allgemeinen Rückgang der Landwirthschaft warf sich diese vielfach auf die Pferdezucht; diese kann aber nicht lohnend sein, wenn der Staat seinen Bedarf an Militärpferden nicht aus allen Provinzen deckt, sondern nur im Osten, wie dies jetzt der Fall ist. Jedenfalls könnten die Pferde, welche in Nassau gezüchtet sind, nicht schlecht sein, denn nach der Auswahl durch die Remontecommissionen seien noch viele Pferde von Offizieren angekauft worden.

Abg. Dirichlet bemerkt, daß der letztere Umstand sehr oft vorkommt; er habe aber schon das Gefühl, daß man im Westen zu viel Pferde kaufe, jedenfalls mehr, als es im Staatsinteresse wünschenswerth sei. Denn obwohl in Ost- und Westpreußen die ganze Remonte für die Garde, also sehr werthvolles Material, gekauft werde, stellten sich in den westlichen Provinzen die Preise pro Pferd um 60 Mark höher als im Osten; es werde also der Staat dadurch zum Schaden seiner Kasse belastet.

Abg. v. Kröcher führt aus, daß die Remontecommissionen allerdings etwas zu heikel verfahren, namentlich stellte eine Zeit lang ein Präsident einer solchen Commission in der Provinz Brandenburg derartige Forderungen, daß alle von ihm angekauften Pferde für Offiziere tauglich waren; erst sein Nachfolger legte nach einer Anweisung des Kriegsministeriums einen anderen Maßstab an.

Abg. von Schorlemer-Alst bemerkt, daß diese ganze Materie doch

nicht zum Etat der Gestütverwaltung, sondern zum Militäretat im Reichstage gehöre.

Die Debatte wird abgebrochen. Bei den **Landgestüten** bemerkt Abg. **von Kröcher**, daß man bei dem Ankauf von Hengsten die Gutachten der Landstallmeister einholen oder wenigstens beachten solle; dadurch könne man auch die Pferdezucht bei den bäuerlichen Besitzern fördern. Redner bedauert namentlich im Interesse der Provinz Brandenburg, daß das Hauptgestüt in Neustadt a. d. D. aufgehoben sei. Bei den Ankäufen für die Gestüte bittet Redner auch namentlich auf die Erforschung der Abstammung einen Werth zu legen. Schließlich fordert Redner eine tabellarische Uebersicht über die Ausrangirung sowohl der selbst gezüchteten, als der gekauften Hengste.

Minister Dr. **Lucius**: Der Vorredner hat selbst anerkannt, daß es eine sehr schwierige Aufgabe ist, jährlich 150 Hengste zu Züchtungszwecken anzukaufen, und er wird zugestehen, daß Fehler dabei vorkommen können. Es giebt in Deutschland wenig Privatzüchter, bei denen die Abstammung der Pferde nachgewiesen wird, und wenn man diesen Nachweis zur Bedingung des Ankaufes machen wollte, so würde es noch weniger möglich sein, im Inlande zu kaufen. Darüber aber, daß es sehr wichtig ist, im Inlande zu kaufen, dürfte kaum ein Zweifel herrschen. Als Landwirth muß ich constatiren, daß kaum jemals früher so sehr auf die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Provinzen betreffs der Pferdezucht Rücksicht genommen worden ist, als jetzt, wir schulden in dieser Beziehung dem Herrn Ober-Land-Stallmeister vielen Dank. Die gewünschten Informationen über den Ankauf und die Ausrangirung der Hengste werden dem Hause zugehen. Der Nachweis über die Ausrangirung der Hengste im vorigen Jahre ist dem Hause übrigens zugegangen. Die Frage ist lebhaft erörtert worden, ob nicht beim Ankaufe der Hengste weitere Sachverständige zugezogen werden sollten. Es ist ja nicht zu verkennen, daß die große Verantwortung des Ober-Land-Stallmeisters etwas vermindert werden würde, wenn die Land-Stallmeister und Gestütsdirectoren bei der Auswahl der Hengste mitwirken. In Ost- und Westpreußen geschieht das auch bereits, ich habe dort angeordnet, daß die Landstallmeister und Gestütsdirectoren eine Voruntersuchung vornehmen. Das Bedauern des Herrn von Kröcher über die Aufhebung des Hauptgestüts in Neustadt a. D. kann man theilen, es handelt sich aber dabei um eine abgeschlossene Sache, in der ich keine Zusicherung mehr abgeben kann.

Abg. **Dirichlet** constatirte, daß in Ostpreußen seit langen Jahren die Landesgestütsdirectoren eine Voruntersuchung des anzukaufenden Materials vornehmen.

Ober-Landstallmeister General **v. Lüderitz**: Wenn Herr v. Kröcher mich einmal in das Brandenburgische Landgestüt begleiten wollte, so würde er seine Vorwürfe über die Brauchbarkeit der Zuchthengste gewiß zurücknehmen, und sich auch überzeugen, daß die Abstammung der Pferde vollständig berücksichtigt wird. Welche Wichtigkeit die Abstammung der Mutter auf die Rasse hat, weiß ich sehr wohl. Die Bauern zur Züchtung zu ermuntern, halte ich für falsch, da das nicht zur Verbesserung der Rasse beitragen kann. Wir können unser Material nur aus den besten Privatgestüten entnehmen. Die Uebersicht über die Ausrangirungen sprechen für die Brauchbarkeit der angekauften Hengste. Allen Leuten werde ich es nie recht machen können, ich glaube aber mit allen Kräften und nach bestem Wissen auf die Hebung der Pferdezucht hinzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Rauchhaupt** bedauert, daß die Provinz Sachsen allein kein Landgestüt habe und bittet dieselbe bei Gründung eines neuen Gestütes zu berücksichtigen. Er danke dem Minister, daß die Landstallmeister beim Ankauf zugezogen werden sollen, dadurch würde auch verhindert werden, daß die Gestüte erst aus zweiter Hand von den großen Pferdehändlern kaufen.

Abg. **v. Kröcher** regte nochmals den Gedanken an, ein neues Gestüt wieder nach Neustadt a. D. zu verlegen.

Abg. **v. Schorlemer-Alst** constatirte, daß die Angriffe auf die Thätigkeit des Ober-Landstallmeisters nur von zwei Abgeordneten aus Sachsen und Brandenburg ausgingen. Westfalen und alle anderen Provinzen wüßten dem Ober-Landstallmeister für seine erfolgreiche Thätigkeit und für die Berücksichtigung der Wünsche der Pferdezüchter großen Dank. Für die Ankäufe der Zuchthengste müsse nur eine Persönlichkeit, nicht eine Commission maßgebend sein, und die Person, die jetzt an dem Platze stehe, erfülle ihre Aufgabe auf das Beste. (Beifall.)

Hierauf wurde die Discussion geschlossen und es wurden die laufenden Ausgaben sowie das Extraordinarium ohne Discussion genehmigt.

Das Haus geht hierauf über zu dem Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Die Einnahmen werden ohne Discussion genehmigt. Bei Titel 1 der Ausgaben (Gehalt des Ministers) bemerkt Abg. **Kalle**, daß einige Aeußerungen Richters in der gestrigen Debatte den Thatsachen nicht entsprächen. Der Handelstag im Jahre 1878 habe sich nicht mit geringer, sondern mit bedeutender Majorität für den Volkswirthschaftsrath ausgesprochen und gerade die Handelskammern des Königreichs Sachsen haben für denselben gestimmt.

Auf Antrag des Abg. **Sachse** wird die Berathung über Titel 9 (Functionszulage für den Vorsteher des Centralbureaus) ausgesetzt, bis die Budgetcommission den ihr überwiesenen entsprechenden Titel des landwirthschaftlichen Ministeriums berathen haben wird.

Bei Capitel 68 (Handels- und Gewerbeverwaltung) und zwar bei Tit. 3 (12 Gewerberäthe und 1 Fabrikinspector 61,200 M.) nimmt das Wort

Abg. **Kropatscheck**: Es hat jetzt den Anschein, als ob die socialen Verhältnisse nicht mehr ein noli me tangere sein sollen. Das zeigt uns der Volkswirthschaftsrath. Neben demselben sind in den letzten Wochen vom Reichskanzler noch andere sociale Ideen angeregt worden, insbesondere die einer allgemeinen Arbeiterversicherung, welche letztere unserem früheren Collegen Baare ihre Anregung verdankt. Die Idee ist indessen zu einer Unfallversicherung für Arbeiter zusammengeschrumpft. Die Discussion darüber wird allerdings in diesem Hause nicht geführt werden können. Das steht aber fest, daß jeder Versuch einer Aenderung des Haftpflichtgesetzes eine sorgfältige Unfallstatistik voraussetzt. Den Fabrikinspectoren ist es bisher unmöglich gewesen, eine solche aufzustellen. Ich spreche dessenungeachtet meine Befriedigung über das Institut der Gewerberäthe und Fabrikinspectoren aus, weil ohne dieselben die Bestimmungen der Gewerbeordnung Vogelscheuchen sein würden. Die Arbeitgeber werden darauf nur dann Rücksicht nehmen, wenn sie wissen, daß eine beobachtende Behörde hinter ihnen steht. (Oho! rechts.)

Um dem Mangel einer Unfallstatistik abzuhelfen, haben sich die Fabrik-Inspectoren an die Arbeitgeber, Krankenanstalten ꝛc. behufs Erlangung von Informationen gewandt. Die Resultate sind aber sehr unsicher gewesen. Von den 288 hier in Berlin angemeldeten Unglücksfällen in Fabriken sind von den Arbeitgebern dem Fabrikinspector nur 7, von den Arbeitern nur 4 angezeigt worden. In Hannover sollen nach den Berichten der Fabrikinspectoren 9000 Fabrik-Etablissements existiren. Von diesen sind nur 115 Unfälle angezeigt worden, während die Leipziger Unfall-Versicherungs-Gesellschaft, bei der 179 hannöversche Etablissements versichert sind, allein 96 Unfälle notirt hat. So lange die Arbeitgeber nicht zur Anzeigepflicht verbunden sind, werden wir nie eine Basis zu einer Unfall-Versicherung erhalten. Zugleich richte ich an die Regierung die Bitte, die Berichte der Fabrik-Inspectoren früher veröffentlichen zu lassen. Sie sollen immer am 1. März eingereicht werden, dennoch warten wir auf die Berichte für das vergangene Jahr noch heute. Ich weiß nicht, welche Gründe die Verzögerung veranlaßten, ob insbesondere die Arbeitslast der Fabrik-Inspectoren sich so sehr gesteigert hat. Die Zahl der letzteren scheint mir nicht auszureichen. Wenn z. B. für Ost- und Westpreußen nur ein Fabrik-Inspector existirt, so kann von diesem nicht das verlangt werden, was nöthig ist. Ich bitte dieser Institution immer mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, da dieselbe kein unwesentliches Mittel zur Lösung der socialen Frage bildet.

Unterstaatssecretär **Jacobi**: Sie werden es erklärlich finden, daß ich auf den ersten Theil der Bemerkungen des Vorredners an dieser Stelle eine eingehende Antwort nicht gebe, weil die darin berührten Fragen Reichssachen sind. Bezüglich der monirten Verzögerung in der Mittheilung der Berichte der Fabrikinspectoren erinnere ich daran, daß zufolge reichsgesetzlicher Bestimmung diese Berichte dem Reichstage und dem Bundesrath mitzutheilen sind. Da diese Anordnung jetzt das erste Mal in Vollzug zu setzen ist, so dürfte sich daraus die Verzögerung erklären und rechtfertigen lassen. Uebrigens ist gegenwärtig der Druck der Berichte fertig gestellt. Sie umfassen etwa 70 Bogen. Die Regierung schenkt der Thätigkeit der Gewerberäthe volle Aufmerksamkeit im Sinne der Instruction vom vorigen Jahre. Dieselbe beruht auf einer Vereinbarung der Bundesregierungen und ist also in der Hauptsache gleichmäßig für alle deutschen Bundesstaaten.

Abg. **Richter**: Als wir gestern die Debatte über den Volkswirthschaftsrath provocirten, war es nicht unsere Absicht, diese Debatte durch den ganzen Etat bei allen, irgend die Volkswirthschaft streifenden Fragen durchzuführen. Eine solche Bepackung des Etats schien uns mit der Geschäftslage nicht vereinbar. Deshalb glaubten wir, diese Institution ein für alle Mal abmachen zu können. Indessen wenn von der anderen Seite darauf zurückgekommen wird, stehen wir jederzeit zu Diensten. Sie dürfen sich aber dann nicht über eine Verzögerung der Geschäfte beklagen. Der Abgeordnete Kropatscheck hat über den Volkswirthschaftsrath seine hohe Befriedigung ausgesprochen; es ist merkwürdig, daß die Herren über etwas so befriedigt sind, was sie früher nicht verlangt haben. (Widerspruch rechts.) Dies erklärt sich aus Ihrer besonders zufriedenen Gemüthsart, die besonders zu erkennen ist, wenn der Herr Reichskanzler etwas geschaffen hat. Dem Abgeordneten Kalle gegenüber halte ich meine Behauptung von der kleinen Majorität des Handelstages völlig aufrecht. Die von ihm in Bezug genommenen Abstimmungen sind später erfolgt und erstreckten sich auf Detailfragen, in denen der Handelstag allerdings auseinanderging. Zur Illustration bemerke ich, daß alle großen und bedeutenden Handelskammern auf der Seite der Gegner des Volkswirthschaftsraths standen, wogegen die kleinen — die ja, wenn sie auch nur Buxtehude vertreten, genau so viel wie z. B. diejenige von Berlin zählen — auf der Seite dafür standen. Wir Reichstags-Abgeordnete können am wenigsten wünschen, daß Reichstagsfragen auch hier zur Sprache kommen. Aber Herrn Director Jacobi gegenüber muß ich bemerken, daß Fürst Bismarck diese Pläne von Arbeiterversicherung u. dgl. gerade in seiner Eigenschaft als preußischer Handelsminister betreibt. Deshalb ist er uns auch verantwortlich. Darum wünschten wir auch gestern, daß er bei dieser Etatsberathung zugegen sei und beantragten dieselbe eventuell bis zum Januar hinauszuschieben.

Wir freuen uns, daß der Reichskanzler sich jetzt einer Gesundheit erfreut, wie sie ihm lange nicht zu Theil geworden ist. Es ist deshalb zu hoffen, daß er sein Hoflager in Friedrichsruh demnächst aufgiebt, und an den Ort zurückkehrt, wo der Monarch und die gesetzgebenden Körperschaften weilen, damit er endlich, nachdem seine Gesundheit wieder gekräftigt ist, im Zusammenwirken mit allen dazu Berufenen diese Pläne fördert, anstatt daß wir hier discutiren und er in guter Ruh' in Friedrichsruh sitzt und Jagdvergnügungen genießt. (Unruhe rechts.) Ja, wenn Sie solche Debatten provociren, bekommen Sie die entsprechende Antwort. Ich halte es nicht für passend, daß, während Monarch und Volksvertretung in Berlin weilen, der Kanzler viele Meilen davon sich aufhält, die einzelnen Minister gleich vortragenden Räthen, zu sich kommen läßt und ihnen Audienzen ertheilt. (Widerspruch rechts.) Wenn Sie das nicht wunderbar finden, so zeigt sich, wie wunderbar Sie Ihre Vorstellung von verantwortlichen Ministern geändert haben. Nachdem Sie gestern einen Aufschub abgelehnt, fügten wir uns, wollten wir nicht Gegenstände zur Verhandlung bringen, welche Fürst Bismarck gerade persönlich betreibt, zumal wissen wir nicht, wie seine Stellvertretung geordnet ist und ob Herr von Bötticher nicht nur vorübergehend sein Vertreter ist. Nachdem Herr Kropatscheck aber die Frage der Arbeiterversicherung erwähnt hat, muß ich auch einiges darüber sagen. Um die Arbeiterversicherung ist es eine schöne Sache, auch die Altersversorgung anderer Stände, des Gesindes, der Handwerker, überhaupt aller Personen, die nicht gleich mit einem Rittergut auf die Welt kommen (Unruhe rechts), ist ein wichtiges Problem, aber mit dem Aussprechen solcher guten Absichten ist noch gar nichts geschehen. Man kann noch weiter gehen und gleich jenem französischen König für die Aufgabe der Regierung erklären, daß auch der geringste Bauer am Sonntag sein Huhn im Topfe habe. Unter den guten Absichten der Regierung möchte ich auch dieses Problem nicht missen. Es kommt nur darauf an, wie es gemacht werden soll; alles Uebrige sind Redensarten, welche bei denjenigen am wenigsten verfangen, welche von der Sache etwas verstehen.

Seit Jahren hat sich die liberale Partei bemüht, wenigstens die Hindernisse zu beseitigen, welche bis jetzt der Bildung freier Alterversorgungs-Anstalten entgegenstehen, während dieselben in England zu großer Entwickelung gelangt sind. Die Ausarbeitung des Herrn Baare würde vielleicht Niemand beachten, wenn er nicht nach Friedrichsruhe berufen worden wäre, an den Mittelpunkt der politischen Geschäfte (Heiterkeit) und durch ein Telegramm an die industriellen Vereine in Düsseldorf den Schein erweckt hätte, als ob der Reichskanzler seine Ansichten theile. Letzteres würde ich in hohem Maße bedauern, denn das Project des Herrn Baare ist nur der dreiste Versuch eines Großindustriellen, die Lasten der Großindustrie auf die Communen und Arbeiter abwälzen zu können. (Sehr richtig!) Es ist ein social-aristokratischer Versuch, einmal die gesetzliche Haftpflicht theilweise auf die schon schwer belasteten Communen und Arbeiter zu wälzen und auf der anderen Seite, naturgemäße Verpflichtungen durch Verwandelungen in gesetzliche auch theilweise abzuwälzen. Eine einfache Rechnung zwischen dem, was jetzt und künftig von der Großindustrie gezahlt wird, muß dies bestätigen. So viel über diese Sache, deren Erörterung ich nicht provocirt habe. — Der Herr Vorredner hat bedauert, daß die Verpflichtung, Unfälle in Fabriken anzuzeigen, noch nicht gesetzlich eingeführt ist. Wer aber hat es verhindert? Niemand anders als Fürst Bismarck persönlich. Der Reichstag hat ein solches Gesetz gewollt. Der frühere Minister Hofmann hat es ausgearbeitet, das preußische Staatsministerium hat es an den Bundesrath gelangen lassen, Niemand anders hat es doch zurückgehalten als Fürst Bismarck persönlich. Ja wenn wir der dem Fürsten Bismarck nahe stehenden Presse glauben wollten, so ist dieses Gesetz der Grund, warum Minister Hofman plötzlich in das Elsaß versetzt worden ist. Der Gesetzentwurf würde schon in der vorigen Session an den Reichstag gelangt sein, wenn der Reichskanzler ihn nicht aufgehalten und gegen die bisherige Richtung des Ministeriums und des Reichstags ihn nochmals zur Begutachtung an die Vertreter der Großindustrie gesandt hätte. So liegt es, und anstatt immer Ihre Befriedigung über den Reichskanzler auszusprechen, sollten Sie Ihre Beschwerden direct an die Adresse richten, wohin sie gehören. (Beifall.)

Minister **von Bötticher**: Es wird keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen, wenn ich auf die Bemerkungen des Vorredners über die Politik des Herrn Reichskanzlers und seine Thätigkeit als solcher nicht eingehe. (Sehr richtig!) Für diese Gegenstände giebt es ein anderes Parlament, und der Herr Abgeordnete wird dort Gelegenheit haben, Kritik zu üben. Ich möchte ihn nur bitten, bis dahin zu nicht viel Werth auf das zu legen, was über die Pläne des Reichskanzlers in die Zeitungen kommt, und die Pläne desselben nicht mit Privatarbeiten zu identificiren, denen bisher ein officieller Charakter nicht beigelegt ist. Der Abgeordnete Richter hat inzwischen seine Bemerkungen auf die Thätigkeit des preußischen Handelsministers gerichtet. In dieser Beziehung halte ich mich verpflichtet, es auszusprechen, gegenüber den unrichtigen Angaben, von denen in der Presse ausgegangen ist und von denen auch heute der Abg. Richter ausging, daß es lediglich Rücksichten auf seine Gesundheit sind, die zu seinem lebhaften Bedauern den Herrn Minister für Handel und Gewerbe abgehalten haben, heute bei der Vertretung seines Etats zugegen zu sein. Es ist unrichtig, wenn der Abg. Richter anführt, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe in Friedrichsruhe sich Vergnügen hingegeben hat, die unvereinbar seien mit seiner Abstinenz der Geschäfte. Der Abg. Richter hat die Frage der Stellvertretung des Reichskanzlers berührt, und auch darüber einige Worte zu sagen, halte ich mich für verpflichtet. Gerade die Rücksicht auf seine Gesundheit und eine zeitweise Ueberlastung mit Geschäften hat den Reichskanzler veranlaßt, an mich das Ersuchen zu richten, daß ich ihn, soweit die Vertretung eines Ministers durch den andern zulässig ist, in Berlin vertreten soll. Der Artikel 44 der Verfassung schreibt vor, daß jede Regierungshandlung des Königs der Contrasignatur eines verantwortlichen Ministers bedarf, und es ist bisher stets in Abwesenheitsfällen, bei Krankheit und Behinderung eines Ministers so gehalten worden, daß ein College ersucht worden ist, diese Contrasignatur zu übernehmen. Ich habe, als ich dem Ersuchen des Reichskanzlers stattgab, mich darüber orientirt, in welcher Weise diese Fragen bisher behandelt worden sind, und sie ist diesmal ganz so behandelt worden, wie sie beständig behandelt ist, so lange wir verantwortliche Minister haben. Es handelt sich bei dieser Stellvertretung lediglich um eine hoffentlich vorübergehende. (Zuruf: „Sie dauert schon seit Jahren!") Seit Jahren dauert sie nicht, sondern erst seit dem 28. October d. J. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß der Reichskanzler sehr bald im Stande sein wird, mich von dieser Stellvertretung zu entlasten. Im Allgemeinen glaube ich, daß daraus, daß Fürst Bismarck das Handelsministerium übernommen hat, kein Grund zu einem Vorwurf zu entnehmen ist, sondern eher zum Danke. (Beifall.)

Abg. **Franz** bedauert gleichfalls, daß der Fürst Bismarck nicht anwesend sein könne, um sich über die Fragen auszusprechen, die in weiten Kreisen theils Beunruhigung, theils Befriedigung hervorgerufen haben. Es würde dies um so wünschenswerther sein, als die rechte Seite sich bereits für Pläne engagire, deren Kenntniß dem Hause noch vorbehalten sei. Was den Volkswirthschaftsrath betreffe, so begrüße er denselben mit Freude und bedaure nur, daß diese Organisation nicht bereits vor zehn Jahren ins Leben gerufen sei, es würden, wenn man schon damals Leute gefragt hätte, die Kenntniß von den Dingen und Interesse an den Fragen gehabt, nicht derartige Gesetze gemacht worden sein, deren Folgen sich als so verderblich für das Land erwiesen haben. Das Gesetz über die Unfallanzeigepflicht scheine leider gänzlich ins Stocken gerathen zu sein. Weshalb! sei nicht ersichtlich; aus Rücksicht auf die Unternehmer könne es nicht geschehen sein, denn diese hätten den Entwurf selbst mit Freuden begrüßt. Der Entwurf des Herrn Baare über die Organisation einer Unfallversicherung sei deshalb verfehlt, weil er die Unfälle, in denen das Haftpflichtgesetz zur Geltung komme, mit denjenigen Unfällen, an denen der Arbeiter selbst die Schuld trage, zusammenwerfe. Dies sei nicht gerechtfertigt, denn im ersteren Falle sei die Entschädigung des Arbeiters eine Frage der Gerechtigkeit, im zweiten eine Frage der Humanität. Trotzdem halte er die harte Kritik des Abg. Richter für unbegründet, da man dem Herrn Baare den Vorwurf, einseitig die Interessen der Unternehmer begünstigen zu wollen, nicht machen könne. Im Interesse der Gewerberäthe müsse er den schon früher ausgesprochenen Wunsch wiederholen, daß man denselben nicht gestatte, Nebenämter anzunehmen, welche sie bei den Arbeitern in den Verdacht bringen, daß sie von den Fabrikanten beeinflußt würden. So sei beispielsweise einer der Gewerberäthe gleichzeitig Generalsecretär eines Gewerbe-Vereins. Hierdurch werde die Stellung als Fabrikinspector untergraben. Die Verantwortlichkeit und die Aufgabe dieser Beamten sei eine sehr große. Er hoffe und wünsche, daß nicht allein die Fabrikanten, sondern auch der gegenwärtige Leiter des Handelsministeriums ihre Vorurtheile gegen diese Institution fallen lassen mögen.

Unterstaatssecretär **Jacobi** erwidert, daß auch die Regierung von dem Grundsatze ausgehe, dem Fabrikinspector die Uebernahme keines Nebenamtes zu gestatten, welches mit den Pflichten seines Berufs collidiren könne. In dem vom Vorredner angeführten Falle habe die Regierung nicht die Ueberzeugung, daß eine solche Collision vorliege; sollten Unzuträglichkeiten, welche aus diesem Verhältnisse entstanden sind, zu ihrer Kenntniß kommen, so werde sie nicht zögern, den Gewerberath zur Niederlegung seiner Thätigkeit für den Gewerbeverein aufzufordern.

Abg. Dr. **Meyer** (Breslau): Herr Dr. Franz hat die Einsetzung des Volkswirthschaftsraths mit Freuden begrüßt, weil in Folge dessen in Zukunft die Gesetze von Leuten begutachtet würden, die von den Fragen, auf die es ankommt, Kenntniß und ein Interesse dafür haben. Also die Gesetze der letzten 10 Jahre sollen von Leuten gemacht sein, die kein Verständniß und kein Interesse für die Sache haben. Dieser Vorwurf träfe nicht nur den Reichstag und Landtag, sondern auch alle Mitglieder der Regierung; es muß nachdrücklich betont werden, die wirthschaftliche Gesetzgebung der letzten 10 bis 12 Jahre ist nicht durch die liberale Partei, sondern durch das Zusammenwirken aller Parteien unter Leitung der Regierung zu Stande gekommen. Die wirthschaftlichen Gesetze berühren das Interesse jedes Einzelnen. Geld erwerben und ausgeben müssen wir so ziemlich Alle, das heißt aber praktische Volkswirthschaft treiben. Es ist unmöglich, daß Gesetze, die wir berathen, zu Stande kommen, ohne daß Jedermann den lebendigsten Antheil daran nimmt. Fehler mögen ja gemacht worden sein, vergessen Sie aber nicht, daß Sie kein Mittel haben sich dagegen zu schützen, daß nach 10 Jahren über die gegenwärtige Majorität dasselbe Urtheil gefällt wird. Die Initiative zur Beurtheilung des Baare'schen Entwurfs ist nicht von uns ausgegangen, Herr Baare ist von Herrn Kropatscheck gelobt worden (Widerspruch rechts), also wenigstens erwähnt worden; es ist uns also nicht zu verdenken, wenn wir ihn auch erwähnen, und das Gewicht abzuschwächen suchen, das ihm an so hervorragender Stelle beigelegt wird. Herr Baare ist gefeiert worden als ein Mann, der es verstanden hat, dem Reichskanzler ein Project zu unterbreiten, das die lebhafteste Zustimmung desselben gefunden habe. (Widerspruch.)

Die Presse der Regierung hat nichts gethan, um die Arbeiten des Herrn Baare auf ihren wahren Werth zurückzuführen. Wir haben der officiösen Presse diese Arbeit abgenommen. Herrn Kropatscheck gebührt das Verdienst, die Discussion heute angeregt zu haben. Sie können doch nicht verlangen, daß dabei nur die eine Seite zum Worte kommt. Für das Institut der Fabrik-Inspectoren haben wir die lebhaftesten Sympathieen, und wären wir nur Manchestermänner, so wäre das allerdings inconsequent. Das Experiment ist in hohem Grade gelungen; die Jahresberichte der Fabrik-Inspectoren haben einen sehr großen Werth, und wenn die Regierung in Folge dieser glänzenden Resultate mit erhöhten Anforderungen für diese Beamten an uns herantreten wird, werden wir ihr keine Schwierigkeiten entgegensetzen. Wir haben es auf das Lebhafteste bedauert, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Anzeige von Unfällen, auf eine bisher nicht erklärte Art verschwunden ist. Im Februar war er den Ausschüssen des Bundesraths überwiesen. Im Hochsommer erörterte der Abg. Hänel in einer Staatsrechtsschrift die Frage, ob dem Reichskanzler ein Veto gegen Beschlüsse des Bundesraths zustehe; ein solches Veto schien auch gegen den genannten Gesetzentwurf geübt zu sein. Von Seiten der Regierung erfolgte kein Widerspruch. Dann brachte plötzlich die „Nordd. Allgem. Ztg." eine Notiz, in welcher gesagt wurde, es sei gelungen, einen Gesetzentwurf über die Unfall-Statistik durch das Plenum des Bundesraths zu bringen, ohne daß der Reichskanzler davon etwas erfahren habe. Eine andere officiöse Zeitung muß dem entgegentreten; sie sagte, der Reichskanzler habe den Gesetzentwurf noch glücklich attrapirt in dem Augenblicke, als er von den Ausschüssen an das Plenum des Bundesraths gehen sollte. Das scheint das Richtige zu sein. Zweifelhaft war nur, ob der Reichskanzler, indem er den Gesetzentwurf anhielt, als Reichskanzler oder als preußischer Minister handelte. Es scheint mir, daß die Frage dazu geeignet ist, um vom Regierungstische aus beantwortet zu werden.

Abg. **von Minnigerode**: Ich weiß nicht, wie die linke Seite des Hauses dazu kommt, uns einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir diesen oder jenen Gegenstand zur Erörterung bringen. Wir führen die Geschäfte, wir sind die Majorität. Sie befinden sich in einer erdrückenden Minderheit (Heiterkeit). Daß Sie nicht zufrieden sind, finde ich begreiflich; Sie leben ja von der Unzufriedenheit. Daß Sie dem Fürsten Bismarck das Jagdvergnügen zum Vorwurf machen, findet seine Erklärung wohl darin, daß Sie die Empfindung haben, die Jagd, welcher der Reichskanzler sich hingiebt, gelte Ihnen, und das mag Ihnen unbehaglich sein (Beifall rechts).

Abg. **Richter**: Der Herr Vorredner sagt, wir, die Mehrheit, führen die Geschäfte. Ja, wo ist denn eigentlich die Mehrheit hier im Hause? (Sehr gut! links.) Die Herren sind, so viel ich weiß, auch eine Minderheit. Wenn man die Präsidentenwahl als bezeichnend für die Mehrheit ansieht, so weiß ich nicht, ob der Herr Vorredner in der Mehrheit oder in der Minderheit gestanden hat (Heiterkeit). Jedenfalls war aber unsere Partei für die Bildung der Mehrheit dabei nicht ganz ohne Bedeutung. Uebrigens hat der Landtag doch noch eine andere Bedeutung, als blos der Mehrheit Gelegenheit zu geben, zum Ausdruck zu kommen. Es soll hier erprobt werden, ob diejenigen, die in der Mehrheit sind, auch verdienen, es zu bleiben, oder nicht vielmehr bei der nächsten Wahl in die Minderheit zu kommen. (Heiterkeit.) In diesem geistigen Kampf soll Licht und Schatten gleich vertheilt sein, und über die Vertheilung entscheidet allein die Geschäftsordnung. Auch die kleinste Minderheit hat das Recht, von der Geschäftsordnung denjenigen Gebrauch zu machen, den sie im Interesse der Geltendmachung ihrer Ansichten für nothwendig erachtet. (Sehr richtig!) Ich acceptire, daß Herr v. Minnigerode von der „erdrückenden" Minderheit gesprochen. Unserer Minderheit gegenüber erscheint er in der That etwas gedrückt. (Heiterkeit.)

Keineswegs habe ich, wie Herr Minister v. Bötticher meint, dem Herrn Reichskanzler daraus einen Vorwurf gemacht, daß er das Handelsministerium übernommen hat. Nein, es würde mir zur thatsächlichen Klarstellung unserer wirklichen Verhältnisse beizutragen scheinen, wenn Fürst Bismarck nicht blos das Handelsministerium, sondern alle übrigen Ministerien übernehmen wollte. (Heiterkeit). Denn in der That ist er doch der einzige wirkliche Minister in Preußen, dessen Wille überall bestimmend eingreift, von der Titularfrage natürlich abgesehen. Ich habe nur behauptet, daß, wenn Fürst Bismarck das Handelsministerium einmal übernimmt, für ihn auch die Verpflichtung daraus erwächst, uns Rede zu stehen, wenn auch nicht heute, so doch im Januar. Deshalb wünschte ich die Etatsberathung bis dahin verschoben. Dann habe ich ihm auch das Jagdvergnügen nicht zum Vorwurf gemacht; ich gönne dieses gesunde Vergnügen einem Jeden. Ich glaube nur, in der Hingabe an dasselbe und aus der Uebernahme des Handelsministeriums zu allen anderen Geschäften Merkmale herleiten zu dürfen, daß in der That der Gesundheitszustand des Reichskanzlers sich in einer erfreulichen Besserung befindet, so daß wir hoffen können, ihn bald hier zu sehen.

Abg. **Löwe** (Bochum): Der Abg. Richter hat über den Entwurf des Herrn Baare ein sehr abfälliges Urtheil gefällt, nach seinen Ausführungen scheint aber seine Information eine sehr oberflächliche zu sein, wenn er behauptet, durch die Forderung, daß die Arbeiter selbst und die Gemeinden an den Lasten der Unfallversicherung theilnehmen sollen, wolle Herr Baare nur die Last der Haftpflicht von den Schultern der Unternehmer abwälzen. Schon der Abg. Franz hat darauf hingewiesen, daß der Baare'sche Entwurf nicht nur die Fälle der Haftpflicht, sondern überhaupt jeden Unfall, von dem der Arbeiter betroffen wird, entschädigen will. Er will hierdurch den Streit darüber, ob eine Verpflichtung des Unternehmers vorliege oder nicht, gänzlich beseitigen, weil er mit Recht glaubt, hierdurch ein wesentliches Moment der bedauerlichen Disharmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beseitigen. Ob er bei dem Maßstab der Vertheilung der Lasten, welche dem Unternehmer die Hälfte der Beiträge auferlegt, das Richtige getroffen hat, ist eine Frage, die ich nicht entscheiden will, immerhin aber kann man nicht behaupten, daß es sich um eine Abwälzung der Haftpflicht von den Schultern der Fabrikanten handelt. Von einer Altersversorgung, wie der Abg. Richter meint, ist in dem Entwurf überhaupt gar nicht die Rede. (Abg. Meyer-Breslau: Es giebt zwei Entwürfe.) Ich kenne nur einen Entwurf und dieser handelt ausschließlich von der Unfallversicherung. Bei dem nahen Verhältniß, in welchem ich zu dem Herrn Baare stehe, glaube ich auch annehmen zu dürfen, daß er mir diesen angeblichen zweiten Entwurf mitgetheilt haben würde. Gegen den vom Abg. Richter gebrauchten Ausdruck „socialaristokratisch" muß ich Protest einlegen. Jeder, der Herrn Baare kennt, wird mir zugeben, daß es wenige Männer giebt, die ein so warmes Herz für ihre Arbeiter und für ihre Mitmenschen haben, wie es Herr Baare immer gezeigt hat.

Abg. Windthorst: Die geflissentliche Ablehnung der Verantwortlichkeit für die Gesetzgebung der letzten 10 Jahre seitens der liberalen Partei ist ein Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß diese Gesetzgebung in vieler Beziehung eine sehr bedauerliche gewesen ist. Uebrigens ist die liberale Partei gar nicht im Stande, diese Verantwortung von sich abzuwälzen, denn sie hatte in den parlamentarischen Versammlungen die entscheidende Majorität und unter ihrem Einfluß hat ein liberalisirendes Regiment die Gesetze eingebracht. Auch der Beifall, mit welchem die Organisation des Volkswirthschaftsraths im Lande aufgenommen worden ist, spricht für die Unzufriedenheit mit der bestehenden Gesetzgebung, denn sie bekundet das Bedürfniß, die Gesetze in besserer Weise, als dies bisher geschehen ist, vorzubereiten. Der Gedanke, die Gesetze erst dann vorzulegen, nachdem die Regierung Sachverständige darüber gehört, ist unbestreitbar ein richtiger; ich hoffe, daß die Regierung sich nicht darauf beschränken wird, diese Männer zu hören, sondern, daß sie auch ihr Urtheil berücksichtigen wird. Ob die in der Verordnung vorgeschlagene Zusammensetzung geeignet ist und mit welchem Erfolge das neue Organ functioniren wird, das muß die Erfahrung lehren. Die Behauptung des Justizministers, daß der Volkswirthschaftsrath etwas ganz anderes sei, als der gesetzlich noch bestehende Staatsrath, muß ich bestreiten; der Volkswirthschaftsrath ist nur eine Section des Staatsrathes und es würde zu erwägen sein, ob es im Interesse einer stetigen Entwickelung unserer Gesetzgebung nicht zweckmäßig wäre, den Staatsrath vollständig zu reactiviren. Den Gedanken, daß man die Institution des Volkswirthschaftsrathes ohne Weiteres auf das Reich übertragen könne, acceptire ich nicht. In der gegenwärtigen Form würde derselbe über die Competenz des Reiches hinausgehen und mit den Aufgaben des Bundesrathes collidiren. Wenn der Abg. Hänel die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung mit großem Ernst bestreitet, so sollte er sich nicht darauf beschränken, fruchtlose Monologe zu halten, sondern bestimmte Anträge zu stellen; thut er dies nicht, so setzt er sich dem Vorwurf aus, zweckloser Weise die Sache zu schädigen.

Damit schließt die Debatte. In einer persönlichen Bemerkung constatirt Abg. Kropatschek, daß er von dem Volkswirthschaftsrath nur in einer Einleitungsfloskel gesprochen und über das Project des Herrn Baare kein Urtheil sich gestattet habe.

Das Capitel 68 wird genehmigt und die weitere Berathung des Etats um 4¼ Uhr vertagt.

Nächste Sitzung Dinstag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Gesetz, betreffend die Lehrer-Wittwen- und Waisenkassen und Gesetzentwurf, betreffend die Eisenbahnräthe.)

Die „Oldenberg'sche Correspondenz" bringt am Schlusse dieses Berichts folgende Erklärung:

In den beiden Sitzungen, in welchen über die Interpellation des Abg. Hänel verhandelt wurde, sprachen zwei Mitglieder der Fortschrittspartei von dem Antheil der Presse an der gegen die Juden gerichteten Bewegung. In der Sitzung vom 20. November sagte der Abg. Virchow nach dem amtlichen stenographischen Bericht (Pag. 244): „Das zweite Stadium, in welches sie (die Bewegung) eingetreten ist und von wo an sie eigentlich angefangen hat, bedrohlich zu werden, das war der Zeitpunkt, wo wir wenigstens die Besorgniß in uns haben aufdämmern sehen, daß der Reptilienfonds (Hört, hört! links) nicht ganz fern von der Bewegung stehe. Es war die Zeit, wo gewisse bedeutende Juden namentlich in den Parlamenten unbequem wurden .... Von daher datirt die Begründung einer Reihe von Zeitschriften, welche, wenngleich nicht unmittelbar dem Namen nach, doch dem Wesen nach specifisch antisemitisch sind, wie z. B. das vorhin von Herrn Abgeordneten Seyffarth citirte Liegnitzer Blatt, welches sich sogar nicht scheut, seine Judenhetze unter der Firma „patriotische Zeitung" zu verbergen. Diese Blätter, von welchen wir hier in Berlin einige ganz besonders ausgezeichnet haben, sind plötzlich in einer Zahl und mit einer Ausstattung zu Tage getreten, daß man in der That fragt: wo kommen denn die Mittel alle her, um eine solche Bewegung zu unterhalten?...

„Meine Herren, es läßt sich nicht leugnen, daß wir gerade auf dem Gebiete der officiellen Presse im Laufe der letzten Jahre erstaunliche Dinge erlebt haben, und daß die verschiedensten Parteien — ich darf wohl in dieser Beziehung selbst an gewisse Erinnerungen der Conservativen anklopfen — im Laufe der Jahre so mannigfache und bittere Erfahrungen gemacht haben, daß wir Alle wohl wünschen möchten, daß der Friede des Landes dadurch gesichert würde, daß gewisse Kreise sich mit der Presse weniger beschäftigten. Daß es jetzt noch vorkommen kann, daß Männer wie Herr Reichensperger, sich so sehr über den Charakter einer gewissen Presse täuschen, daß sie ein Blatt, welches Herr Moritz Busch herausgiebt, für liberal halten und ein Blatt, welches, wie die „Schlesische Zeitung", sich zu den schlimmsten Artikeln in dieser Frage verstiegen hat, uns in die Schuhe schieben, das ist doch ein Zeichen, daß es nicht mehr möglich ist, sich in der Unsumme von Papier, welches gegenwärtig über das Land verbreitet wird, zurecht zu finden. Könnte namentlich nach dieser Richtung hin eine Verkleinerung eintreten, könnte die Art von Streitblättern, welche den confessionellen Hader hervorrufen und unterhalten, unterdrückt werden, dann würde in der That recht viel erreicht werden; (Sehr gut; Zuruf: Unterdrücken?) — ich meine unterdrücken insofern, als man ihnen die Mittel entzieht, durch welche allein sie bestehen, nicht daß man sie durch den Staatsanwalt unterdrücken soll."

Der Abg. Virchow hat also die „Schlesische Zeitung" nur erwähnt, um die Ansicht des Abg. Reichensperger zu berichtigen, daß sie ein Organ der Partei sei, der Herr Virchow angehört.

Unser Bericht bringt den betreffenden Passus zwar nicht dem Wortlaut, aber doch dem Sinne nach und im Wesentlichen übereinstimmend mit dem stenographischen Bericht:

„Auch der Reptilienfonds ist nicht ganz unbetheiligt dabei gewesen, denn die Agitation begann in der Zeit, wo hervorragende Juden im Parlamente anfingen, nach Oben hin unbequem zu werden. Es tauchten damals eine Menge Broschüren und Blätter auf, die den Kampf gegen das Judenthum predigten. Welche Verwirrung selbst bei unterrichteten Männern diese beeinflußte Presse anzurichten vermag, beweist die Thatsache, daß Herr Reichensperger die „Grenzboten" und die „Schlesische Zeitung", welche sich zu den allerschlimmsten Artikeln in dieser Hinsicht verstiegen haben, als Organe der liberalen Presse ausgesprochen hat."

Auch hier ist die „Schlesische Zeitung" nur in dem Zusammenhange erwähnt, daß die durch die beeinflußte Presse angerichtete Verwirrung Irrthümer über die Parteistellung einer einzelnen Zeitung erzeugen kann, deren Unabhängigkeit übrigens nicht entfernt von dem Redner in Frage gestellt worden war.

In der Sitzung vom 22. November sprach der Abg. Richter von einer gewissen antisemitischen Literatur, wie wir sie in „Hamburg, Berlin, Dresden, Liegnitz" erscheinen sehen und die im engsten Zusammenhange miteinander steht. „Wo ist die Geldmacht, die das bezahlt? woher fließen die Geldmittel? Es wäre uns sehr lieb, wenn wir hörten, daß nicht der Reptilienfonds dafür in Anspruch genommen wird." (Vergl. Stenogr. Bericht p. 265.) Der Stadt Breslau oder eines ihrer Zeitungsorgane that der Redner keine Erwähnung. Dies geschah aber an demselben Tage seitens des Abg. Dr. Meyer durch die Bemerkung: „Herr Reichensperger hat nicht allein darin Unrecht, daß die „Schlesische Zeitung" ein liberales Blatt sei, sondern auch darin, daß sie sich so nennt." (p. 255.)

Am Schlusse derselben Sitzung bemerkte der Abg. v. Minnigerode: „Es ist hier vorgestern von der „Schlesischen Zeitung" gehandelt worden und man ist nicht davor zurückgeschreckt, die „Schlesische Zeitung" mit der Bezeichnung „Reptilienblatt" zu belegen. Es mag ja sehr bequem sein, in diesem Raum eine solche Anschuldigung auszusprechen und ebenso billig, weil kein Wort der Entgegnung seitens der draußen Stehenden, also der Vertreter dieser Zeitung, hier erfolgen kann; wer aber die schlesischen Verhältnisse, die „Schlesische Zeitung" und die betreffenden Personen kennt, der findet die Andeutung eines solchen Verhältnisses höchstens lächerlich. (Sehr wahr! rechts.)

Diese Bemerkung hatten wir nicht gebracht, weil der ohnehin schon sehr umfangreiche Bericht in später Stunde nicht durch eine Bemerkung verlängert werden sollte, deren Veranlassung uns schlechthin unverständlich war und auch dem Leser unseres Berichts unverständlich sein mußte, nicht um ein zu Ehren der „Schlesischen Zeitung" gesprochenes Wort zu unterdrücken. Der Abg. Virchow replicirte darauf: „Ich muß annehmen, daß die Bemerkung des Abg. v. Minnigerode, welche sich auf die Reptilienstellung der „Schlesischen Zeitung" bezog, auf mich Anwendung finden sollte. (Ruf rechts: Nein!) Wenn das nicht der Fall ist, habe ich nichts zu sagen." (Stenogr. Bericht p. 297.) Und zwar war der „Nein" rufende der Abg. v. Minnigerode selbst, der vermuthlich die Rede Virchow's nicht gehört hatte und auf Grund einer ihm zugekommenen irrthümlichen Information mit seiner Erklärung vorgegangen war.

Provinzial-Zeitung.

* Breslau, 29. Novbr. [Justizrath Fischer.] Der „Staats-Anz." veröffentlicht die Ernennung des Justizraths Fischer zum Geheimen Justiz-Rath. Leider war es ihm nicht vergönnt, diese so wohl verdiente Auszeichnung zu erleben.

* [Professor Dr. Müller,] Director des Johannis-Gymnasiums, hat, wie wir aus bester Quelle erfahren, den Ruf als Director eines Gymnasiums in Hamburg erhalten und angenommen.

[Angekommen:] Se. Excellenz Staatsminister a. D. Dr. Friedenthal aus Berlin.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Straßburg i. E., 27. Novbr. Die „Elsaß-Lothringische Zeitung" constatirt gegenüber den in den Zeitungen verbreiteten und entstellten Nachrichten über einen angeblichen Conflict zwischen dem Militär und der hiesigen Feuerwehr, daß ein Conflict keineswegs stattgefunden habe. Es sei jedoch in Folge des mit der Ordnung des Straßenverkehrs nicht verträglichen Verhaltens der die Feuerwehr begleitenden Menge ersterer von der Polizeidirection die im Jahre 1874 widerruflich ertheilte Erlaubniß zu Aufzügen mit Musik entzogen worden. Bei der Regierung bestehe übrigens die Absicht, eine allgemeine Regelung der Verhältnisse der freiwilligen Feuerwehr in Elsaß-Lothringen herbeizuführen.

Darmstadt, 27. Novbr. Die zweite Kammer hat zum Bau einer stehenden Brücke bei Offenbach den Betrag von 243,000 M. einstimmig bewilligt.

Prag, 28. Novbr. Eine von Jungczechen abgehaltene Volksversammlung wurde wegen Tumults vom Regierungscommissar aufgelöst. Wegen der Wahl des Präsidiums war zwischen dem Comite und der Arbeiterpartei ein Streit entstanden, der schließlich in ein Handgemenge ausartete. Da letzteres sich indeß auf den Saal beschränkte, in welchem die Versammlung abgehalten wurde, so hatte die Polizei keinen Anlaß zu weiterem Einschreiten.

Paris, 27. Novbr. Der Senat genehmigte das Budget des Ministeriums des Innern. Die Berathung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen wurde auf Antrag des Herzogs von Broglie auf nächsten Dinstag vertagt. — Die Deputirtenkammer berieth die Bewilligung finanzieller Mittel zur unentgeltlichen Ertheilung des Unterrichts.

Paris, 27. Novbr. Baudry d'Asson hat an Gambetta ein Schreiben gerichtet, in welchem er verlangt, daß die Präsidenten und Quästoren der Deputirtenkammer wegen eigenmächtiger Freiheitsberaubung auf Grund des Art. 341 des Code penal zur Rechenschaft gezogen werden. Wie verlautet, beabsichtigt Montsabie anläßlich der Gedächtnißfeier Lacordaire's zu St. Augustin eine politische Rede, hauptsächlich mit Beziehung auf die Märzdecrete, zu halten.

Paris, 27. Novbr. Das Zuchtpolizeigericht hat in dem Processe des Generals Cissey gegen Laisant und Rochefort unter Annahme mildernder Umstände die Verklagten wegen des Vergehens der Beleidigung und Verleumdung verurtheilt, und zwar den Redacteur und den Gerant des Journals „Petit parisien", Laisant und Chauvin solidarisch zur Zahlung einer Entschädigung von 8000 Frcs. und ferner Ersterer zu einer Geldbuße von 4000 Frcs. und Letzteren zu einer solchen von 200 Frcs., sowie zur Inserirung des Urtheils in 10 Zeitungen. Gegen den Redacteur und den Gerant des „Intransigeant", Rochefort und Delpierre, wurden die gleichen Strafen erkannt.

London, 28. Nov. Der Staatssecretär des Auswärtigen, Lord Granville, hielt in Hanley eine Rede, in welcher er auf die mißliche Lage in Irland hinwies und hervorhob, daß Eigenthum und Leben aller Sicherheitsgarantien ermangelten. Es sei unmöglich, diese Zustände fortdauern zu lassen, die Regierung werde dem Parlament Maßregeln vorschlagen müssen, welche für das gegenwärtige Bedürfniß genügten und die Zukunft des Landes sicherstellten. Der Minister gab sodann einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwickelung der orientalischen Frage und bemerkte, daß bezüglich Griechenlands zuletzt kein neuer Vorschlag gemacht worden sei, daß es aber unmöglich sei, die griechische Frage ungelöst zu lassen. Der Minister erwähnte den von England gemachten Vorschlag, Smyrna zu besetzen, und fügte hinzu, Rußland und Frankreich dürften denselben angenommen haben, auch Österreich habe anfänglich versprochen, dem Vorschlag beizutreten; später aber habe Oesterreich den Beitritt abgelehnt und dann hätten auch Frankreich und Deutschland sich geweigert, daran theilzunehmen. Die Pforte aber habe, sobald sie von diesen vertraulichen Besprechungen der Mächte Kenntniß bekommen, sich entschlossen, Dulcigno zu übergeben. Der Minister trat sodann für das europäische Concert ein, welches thatsächlich bestehe und hoffentlich noch lange Zeit fortdauern werde. Oesterreich, Deutschland und Italien hätten loyal am Concert der Mächte mitgewirkt, die Beziehungen zwischen England und Rußland seien die freundschaftlichsten. Der Minister schloß seine Rede mit der Mittheilung, daß die Regierung an ihrer auswärtigen Politik festhalte, indem sie bemüht sein werde, das Concert der Mächte aufrechtzuerhalten, sich aber volle Freiheit des Urtheils und der Action wahre. Er erklärte ferner, daß er sich in Bezug auf die Flottendemonstration nie dahin geäußert habe, es liege nicht in der Absicht Englands, je eine Kanone abzufeuern. Er habe sich vielmehr nur dahin ausgesprochen, daß die Wahrscheinlichkeit, daß ein derartiges Vorgehen nöthig werden würde, äußerst gering sei. In Betreff Rußlands erklärte Lord Granville, daß England kein Bündniß mit Rußland abgeschlossen habe, und gewiß auch seiner Zeit kein geheimes Abkommen zwischen beiden Staaten getroffen worden sei. Bezüglich Deutschlands wiederholte der Redner, was er schon gesagt habe, als er noch nicht Minister gewesen, daß Deutschland einen höchst wichtigen Einfluß ausübe, wie es seiner großen Machtstellung in Europa gebühre. Deutschland sei es gewesen, welches in der Orientfrage das europäische Einvernehmen bis zu diesem Augenblick aufrecht erhalten habe.

London, 27. Novbr. In der heute unter dem Vorsitze der Königin in Windsor stattgehabten Sitzung des Geheimen Raths wurde beschlossen, das Parlament am 6. Januar einzuberufen. — Der diesseitige Botschafter in Petersburg, Lord Dufferin, ist von Windsor nach London zurückgekehrt und wird sich nächste Woche auf seinen Posten nach Petersburg begeben. — Dem „Reuter'schen Bureau" sind über Teheran Nachrichten aus Herat vom 7. d. Mts. zugegangen, wonach sich Ajub Khan in einer sehr schwierigen Situation befindet; derselbe sei von allen Hilfsmitteln entblößt, habe sehr wenig Anhänger und habe auch von Persien keine Unterstützung erhalten.

Bukarest, 27. Novbr. Die Thronrede hebt in Bezug auf die Armee hervor, daß es in diesem Jahre möglich gewesen ist, das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht anzuwenden und das gesammte Jahrescontingent einzuberufen, so daß für das Jahr 1880 30,000 Conscriptionspflichtige eingereiht werden konnten.

Petersburg, 28. Novbr. In Bezug auf die Kämpfe der Perser mit den Kurden sagt die „Agence Russe", Rußland würde, falls die Perser nicht im Stande sein sollten, der Kurden Herr zu werden, bei der Nähe der Grenzen zweifelsohne genöthigt sein, den Persern beizustehen.

Literarisches.

Anton Günther. Eine Biographie von Peter Knoodt. 2 Bde. (Wien. Wilhelm Braumüller.)

Unter denjenigen Männern, die im Laufe dieses Jahrhunderts auf die wissenschaftliche Entwickelung in der katholischen Kirche Deutschlands Einfluß geübt haben, ist der Philosoph und speculative Theologe Anton Günther (1783 zu Lindenau in Böhmen geboren, † 1863 in Wien) einer der bedeutendsten. Ohne eine Professur zu bekleiden, sammelte er eine zahlreiche philosophische und theologische Schule um sich, die freilich 1857, nachdem Rom den gegen die Rechtgläubigkeit der Lehre Günther's gerichteten Anklagen zugestimmt, in eine üble Lage gerieth. Indessen sind eine Anzahl Anhänger Günther's seiner Lehre treu geblieben, haben dieselbe weiter entwickelt, durch neue Forschungen zu bereichern und zu verbessern gesucht; so in Breslau Elvenich und Weber, in Prag Löwe, in Bonn Knoodt. Letzterer ist einer der bedeutendsten Anhänger Günther's und war durch längeren persönlichen und brieflichen Verkehr mit ihm und den Vertretern des Günther'schen Systems mehr als viele andere in der Lage, eine Biographie dieses Mannes zu schreiben. Dieselbe ist jetzt in zwei stattlichen Bänden, geschmückt mit dem Bildniß und äußerst gelungenen Facsimile, der Unterschrift des Philosophen, bei Braumüller in Wien, dem Verleger der Werke Günther's, erschienen. Diese Biographie vereinigt manche Vorzüge in sich, die ein Werk solcher Art anziehend machen. Vor allem ist die Fülle interessanten urkundlichen Materials hervorzuheben, welche Prof. Knoodt dem Leser bietet, ohne dabei durch Ueberfülle zu belästigen. Zunächst hat der Verfasser eine Selbstbiographie Günther's in ihren wesentlichen Theilen in das Werk mit aufgenommen, die sich durch Frische und Originalität auszeichnet. Diese reicht allerdings nur bis zum Jahre 1828. Für die Zeit von da an bis zum Tode Günther's ist das Werk Knoodt's selbstständig aus Mittheilungen Günther nahestehende Personen, Actenstücken und namentlich Briefen geschöpft. Günther stand mit seinen Anhängern, Freunden und anderen Personen in lebhafter Correspondenz. Aus diesem brieflichen Material ist das Wichtigste theilweise wörtlich entnommen. Es finden sich in der Biographie ganze Briefe und Auszüge aus Briefen von Görres, Sailer und anderen Bischöfen, von Baltzer, Elvenich, Knoodt, Löwe, dem berühmten Kanzelredner Veith, Günther selbst u. s. w. Die Biographie erweckt für ihren Helden lebhafte Sympathie. Freilich war Günther's Leben nicht reich an hervorstechenden äußeren Thatsachen. Es ist ein stilles, deutsches Gelehrtenleben, mit Ausnahme der Zeit, wo Günther mit anderen Gelehrten in Streitigkeiten über seine Lehre verwickelt war, die damit endeten, daß seine Werke in Rom, wenn auch unter ausdrücklicher Anerkennung der löblichen Absichten des Philosophen, seines eminenten Scharfsinnes, seiner großen Gelehrsamkeit und seines exemplarischen Lebens, auf das Verzeichniß der verbotenen Bücher gesetzt wurden. Das Leben Günthers zeigt uns einen Mann, der unter den größten Schwierigkeiten, mit der Noth des täglichen Lebensbedarfes kämpfend, aus den dürftigsten Verhältnissen durch Energie seines Geistes sich emporrafft und eine bescheidene, öfters gefährdete materielle Existenz sich schafft, nur zu dem Zweck, um dem nachzustreben, was er für seine Lebensaufgabe erachtet. Als solche aber betrachtet Günther die wissenschaftliche Rechtfertigung der christlichen Gottes- und Weltanschauung. Die Idee des persönlichen Gottes, die christliche Schöpfungsidee, die Wesensverschiedenheit zwischen Gott und Welt und in der Welt zwischen Geist und Natur, der Mensch als Vereinswesen zweier Lebensprincipe mit wesentlich verschiedenem Denk- und Lebensgesetze: diese Ideen suchte Günther vor dem Forum der Wissenschaft zu rechtfertigen. Ob und inwieweit ihm das gelungen sei, darüber kann man auch auf christlichem Standpunkte sehr verschiedener Ansicht sein; namentlich wurde seine eigenthümliche Auffassung vom Menschen als Vereinswesen zweier Lebensprincipe sehr angefochten und in der Form, wie Baltzer sie vertheidigte, durch ein Breve Pius des Neunten verworfen. Allein selbst die entschiedensten Gegner Günthers haben die Schärfe und Tiefe seines Geistes anerkannt, die ihn als einen der größten Denker des Jahrhunderts erscheinen läßt. Diesen Denker führt uns Knoodts Biographie auch in seinem Werden vor. Die werthvollen Recensionen, wodurch Günther vor 1828 (in welchem Jahre sein erstes Hauptwerk: Vorschule zur speculativen Theologie des positiven Christenthums in erster Auflage erschien) zuerst in der Gelehrtenwelt einen geachteten Namen erwarb, führt uns Knoodt in ihrem Hauptinhalte zu dem Zwecke vor, um daraus die allmälige Entfaltung der Grundidee Günthers kennen zu lernen.

Indem wir hiermit die Besprechung des Knoodt'schen Werkes schließen, empfehlen wir dasselbe als eine höchst nützliche und zugleich angenehme Lectüre für Alle, welche von Günther genauere Kenntniß nehmen wollen.

M.

Von der Pracht-Ausgabe von: **„Ein Spaziergang um die Welt"** von Freiherrn Alex. von Hübner, ehem. k. k. österr. Botschafter in Paris und am päpstlichen Hofe (Leipzig, Schmidt u. Günther), ist soeben die vierte Lieferung erschienen. Dieselbe enthält unter den vielen kleinen Illustrationen und Vollbildern wieder viel des Interessanten aus dem Leben im fernen Westen; unter Anderem heben wir besonders hervor: Ein großer indianischer Rath und Commissaire von Washington, Omaha, Station der Pacific-Bahn, die Teufelsbrücke am Ufer des Swet-Water ꝛc. ꝛc. Der Text wird immer interessanter, und haben wir noch wenige Reisebeschreibungen gelesen, welche die Leser so fesseln und befriedigen.

Mylady. Roman von Hans Wachenhusen. (Stuttgard und Leipzig, Eduard Hallberger.) Die liebenswürdigen Eigenschaften des Wachenhusenschen Erzählungstalents finden sich in seiner Mylady wieder, wie in den zahlreichen vorangegangenen Romanen. Auch hier ist es eine interessante Episode aus dem Reiseleben des Autors, die in anspruchsloser Weise erzählt wird. Der Autor geleitet uns an Bord eines Indien-Dampfers, in die Dardanellen, nach London und Paris, endlich nach Baden-Baden, wo die Erzählung ihre Lösung findet. Im Mittelpunkte der Handlung steht eine Frau, die wegen ihres unabhängigen Charakters von der Gesellschaft falsch beurtheilt wird und mit derselben in Zwiespalt geräth. Die Erfahrung muß sie erst lehren, daß „die Welt nicht die Kinderstube ist, aus der sie ins Leben getreten".

—d.

Handel, Industrie ꝛc.

Petersburg, 27. Novbr. [Ausweis der Reichsbank] vom 22. Novbr. n. St.*)

Creditbill. im Umlauf	716,515,125 Rbl.	unverändert.
Notenemission für Rechnung der Succurs.	417,000,000 Rbl.	unverändert.
Vorschüsse der Bank an die Staats-Regierung	372,085,074 Rbl.	Abn. 1,986,027 Rbl.

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 11. November.

Berlin, 27. November. Spiritus loco ohne Faß 55,8 M. bez., per November 55,8—55,6—56,2 Mark bez., per November-December 55,1—55,4 M. bez., per December-Januar 55,1—55,4 M. bez., per April-Mai 56,3 bis 56,1—56,5 M. bez., per Mai-Juni 56,5—56,2—56,7 M. bez. Gekündigt 50,000 Liter. Kündigungspreis 56,1 M.

Breslau, 29. Novbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei etwas schwächerem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen, feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,00 bis 21,20—21,80 Mark, gelber 18,40—20,40 bis 21,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 18,80 bis 19,50 bis 20,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. 15,30—16,30 Mark, weiße 16,80 bis 17,40 Mark.

Hafer stärker angeboten, per 100 Kilogr. 13,20 — 14,00 — 14,60 [bis 15,40 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,40—15,00—15,30 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Klgr. 17,50—19,00—20,50 Mark, Victoria- 21,00—22,50—24,00 Mark.

Bohnen schwach gefragt, per 100 Kilogr. 19,20—20,20—21,00 Mark.

Lupinen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—10,00—10,40 Mark, blaue 9,40—9,80—10,00 Mark.

Oelsaaten sehr fest.

Schlaglein nur feine Qualität behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	24	50	23	75	22	50
Winterrübsen	23	75	23	—	22	—
Sommerrübsen	23	75	23	—	22	—
Leindotter	22	50	21	75	21	—

Rapskuchen gut behauptet, 50 Kilogr. 7,00—7,30 Mark, fremde 6,50 bis 7,00 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Tannenklee nominell, per 50 Kilogr. 40—45—52 Mark.

Thymothee fest, per 50 Kilogr. 20—23—25 Mark.

Mehl schwach preishaltend, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—30,75 Mark, Roggen fein 31—31,75 Mark, Hausbacken 29,75—30,75 Mark. Roggen-Futtermehl 11—12 Mark. Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,50—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—24,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 27., 28.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 10° 9	+ 8°,5	+ 6 ,5
Luftdruck bei 0° (mm).	751''',9	756''',4	759''',4
Dunstdruck (mm)	8.0	7,9	6.6
Dunstsättigung (pCt.)..	83	95	91
Wind	SW. 1.	NW. 1.	W. 1.
Wetter	Regen.	Regen.	trübe.

Nov. 28., 29.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 8°,2	+ 5°,5	+ 1°,5
Luftdruck bei 0° (mm).	761 9	763,7	762,9
Dunstdruck (mm)......	6,3	6,0	4,8
Dunstsättigung (pCt.)..	78	89	94
Wind	NW. 2.	W. 1.	SW. 1.
Wetter	heiter.	bewölkt.	heiter.

Wasserstand. Breslau, 29. Nov. O.-P. 5 M. 12 Cm. U.-P. — M. 56 Cm.
27. Nov. O.-P. 5 M. 16 Cm. U.-P. — M. 56 Cm.

Berliner Börse vom 27. November 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	100,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,80 bz
do. do. 1876	4	100,10 bz
Staats-Anleihe	4	99,90 bz
Staats-Schuldscheine	3½	[illegible],25 bz
[illegible]-Anleihe v. 1855	3½	148 60 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,10 bzG
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,00 bz
Pommersche	3½	89,00 bzG
do.	4	98,30 B
do	4½	102,40 B
do. Ldch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,50 bz
Schlesische	3½	— —
Ldschaftl. Central	4	98,90 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99,80 G
Pommersche	4	99,60 bz
Posensche	4	99,30 bz
Preussische	4	99,50 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	100,60 G
Sächsische	4	[illegible],80 bz
Schlesische	4	99,80 G
Badische Präm.-Anl.	4	133,80 bzG
Baierische Präm.-Anl.	4	136,50 G
do. Anl. v. 1875	4	100,00 B
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	131,25 bz
Sächs. Rente von 1876	3	77,50 G

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,60 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	103,50 B
do. do.	5	101,50 B
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	101,50 G
do. do. do.	5	100,25 G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Unkündb. do. (1872)	5	105,50 G
do. rückzb. à 110	5	112,10 bz
do. do. do.	4½	106,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	107,20 bz
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	102,25 bzB
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	99,80 G
do. do. Pfandbr.	5	98,10 G
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,00 bzB
do. do. II. Em.	5	101,90 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	118,75 bzG
do. do. II. Em.	5	116,75 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	106,10 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	101,75 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	123,30 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	103,70 G
do. do.	4½	103,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,10 G
do. do.	4½	101,00 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	62,80 bzB
do. (1/4. 1/10.)		62,90 bzG
do. Goldrente	4	76,et-74,80bz
do. Papierrente	4⅕	62,20 bz [G
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	122,70 bz
do. Credit-Loose	fr.	— —
do. 64er Loose	fr.	313,00 bz
Russ. Präm. Anl. v. 64	5	146,00 bz
do. do. 1866	5	136,80 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	57,20 G
do. II. do. v. 1878	5	57,40-50 bz
do. III. do. v. 1879	5	57,80-90 bzG
do. Engl. v. 1871	5	89,00 B
do. do. v. 1872	5	89,50 B
do. Anleihe 1877	5	92-91,90 bzB
do. do. 1880	4	70,80 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	81,25 etbzB
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	78,00 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	82,40 bzG
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	62,40 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,30 G
Amerik. rückz. p. 1881	6	p. 1 J r. 99,10bz
do. 5% Anleihe	5	99,75 G
Ital. 5% Anleihe	5	86.20 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	91,40 bz
Rumänische Anleihe	8	107,10 G
Rumän. Staats-Obligat.	6	90.40 bzG
Türkische Anleihe	fr.	11,20 bzG
Ungar. Goldrente	6	93,20 bzB
do. Loose (M. p. St.)	fr.	222,80 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	89,20 G
Finnische 10 Thlr.-Loose 49,40 bz		
Türken-Loose 27,50 bzB		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	102,40 bz
do. III. v. St. 3½ g.	3½	90,60 G
do. do. VI.	4½	103,50 B
do. Hess. Nordbahn	5	102,40 B
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,25 G
do. ... B.	4½	101,00 B
do. Lit. C.	4½	100,80 bz
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	101,80 G
do. do. G.	4½	101,80 G
do. do. H.	4½	101,90 G
do. do. J.	4½	101,90 G
do. do. K.	4½	102,00 bzG
do. von 1876	5	105,40 bz
Breslau-Warschauer	5	103,50 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. .. Lit. B.	4½	101,50 B
do. .... IV.	4	99,60 G
do. .... V.	4	99,10 G
Halle-Sorau-Guben	4½	103,00 B
Märkisch-Posener	4½	102,00 B
Niederschles.-Märk. I.	4	99,35 G
do. do. II.	4	— —
do. Obl. I. u. II.	4	— —
do. Obl. III.	4	99,00 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	99,60 G
do. D.	4	99,60 G
do. E.	3½	91,40 G
do. F.	4½	102,90 B
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	102,90 B
do. von 1873	4	98,75 G
do. von 1874	4½	102,00 G
do. von 1879	4½	103,90 B
do. von 1880	4½	103,25 G
do. Brieg-Neisse	4½	—
do. Cosel-Oderb.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	102,00 G
do. do. III. Em.	4½	102,00 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	101,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,10 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	95,50 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	90,50 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	93,75 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Jjäsan-Koslow gar.	5	100,80 bzG
Dux-Bodenbach	5	84,20 bz
do. II. Em.	5	81,90 G
Prag-Dux	fr.	49,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	84,75 G
do. do. neue	5	88,00 B
Kaschau-Oderberg	5	75,40 bzG
do. Gold.-Prior.	5	89,70 bz
Ung. Nordostbahn	5	71,50 G
Ung. Ostbahn	5	69,80 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	77,75 G
do. do. II.	5	82,10 bzB
do. do. III.	5	77,60 G
do. do. IV.	5	76,75 G
Mährische Grenzbahn	5	64,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	29,50 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	82 20 bz
Oesterr.-Französische	3	375,60 G
do. do. II.	3	367,10 G
do. südl. Staatsbahn	3	270,80 bzG
do. neue	3	270,60 bzG
do. Obligationen	5	94,80 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	99,75 bzB
Warschau-Wien II.	5	102,80 G
do. III.	5	102,00 B
do. IV.	5	101 90 bzG
do. V.	5	100,80 G
do. VI.	5	100,80 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,20 bz
do. do.	2 M.	3	167,45 bz
London 1 Lstr.	8 T.	2½	20,35 bz
do. do.	[illegible]	[illegible]	20,25 bz
Paris 100 Fres.	8 T.	3½	80,70 bz
do. do.	2 M.	3½	80,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 W	6	205,75 bz
do. do.	3 M.	6	[illegible]
Warschau 100 SR.	8 T.	6	206,10 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172 30 bz
do. do.	2 M.	4	171,20 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 284,75 bz
Badische 35 Fl.-Loose 173,60 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 97,50 G
Oldenburger Loose 151,50 G

Ducaten 9,65 bz	Dollar — —
Sover. 20,37 G	Oest. Bkn. 172, 6 bz
Napoleon 16.15 bzB	do. Silbergd — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 206,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht.	½	¾	4	28 90 bz
Berg-Märkische	4	4¼	4	116,50 bzG
Berlin-Anhalt	5	5	4	120,75 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	26,40 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	26,20 bzG
Berlin-Hamburg	10½	12½	4	231.50 bzB
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,60 bz
Berlin-Stettin	3,66	4¾	4	114,60 bzG
Böhm. Westbahn.	5¾	6	5	104,75 bzG
Bresl.-Freib.	3¼	4¾	4	109,90 bz
Cöln-Minden	6,2	6	4	147.90 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	93,00 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	7,738	4	120,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	21,40 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	57,00 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	72 50 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	203,00 G
Märk.-Posener	0	0	4	27 00 etbzG
Magdeb.-Halberst.	3⅓	6	4	147,90 etbzB
Mainz-Ludwigsh.	4	4	4	95,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,25 G
Oberschl. A. C. D. E.	8½	9⅗	3½	232 90 bz
do. B.	8½	9⅗	3½	165,75 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	6	4	485,50-84,00
Oest. Nordwestb.	4	4	5	322,70 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	162,00-62.50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	47,90 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	7⁸⁄₁₀	4	162,00 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	60,75 bz
Rheinische	7	7	4	158,90 B
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	98,80 B
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	20,30 bz
Rumän. Eisenbahn	2	3⅗	4	53,70 G
Schweiz Westbahn	0	0	4	22,30 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102.00 bzG
Thüringer Lit. A.	8	8½	4	179,75 bz
Warschau-Wien	9,165	11⅔	4	267,00 bz
Weimar-Gera	4½	4½	4½	49 90 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	56,25 bzG
Berlin-Görlitzer	1	3⅓	5	81,10 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	37,60 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	3½	5	96,40 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	46,75 bzG
Märkisch-Posener	5	5	5	101,75 G
Magdeb.-Halberst.	4½	3½	3½	85,40
do. Lit. C.	5	5	5	122,25 bz
Marienburg-Mlawa	5	5	5	87,00 bz
Ostpr. Südbahn	5	5	5	93 50 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	2¾	5	69 90 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	7⁸⁄₁₀	5	149.85 bzG
Rumänier	8	8	8	— —
Saal-Bahn	0	0	5	52,75 bz
Weimar-Gera	0	0	5	32,75 bz

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	4	4	71,25 bz
Berl. Kassen-Ver.	8⁹⁄₁₀	8⁹⁄₁₀	4	171,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	100,40 bz
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4⅓	4	85,75 bzG
Braunschw. Bank	4½	4½	4	90.00 B
Bresl. Disc.-Bank.	3	5½	4	96,00 bz
Bresl. Wechslerb.	5⅔	6	4	100,30 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	88 50 B
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	5	4	113,10 G
Darmst. Creditbk.	6¾	8½	4	163,60 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5½	4	106,70 G
Dessauer Landesb.	8½	6½	4	117,25 G
Deutsche Bank	6½	9	4	147,00 bz
do. Reichsbank	6,3	6	4½	148,10 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	6	4	91,50 B
Disc.-Comm.-Anth.	6½	10	4	178,00 bzB
do. ult.	6½	10	4	177,75-8,00
Genossensch.-Bnk.	5½	7	4	113 25-8,90
do. junge	5½	7	4	112 50 G
Goth. Grundcredb.	6	5	4	89,50 bzG
do. junge	6	5	4	92,25 G
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	— —
Hannov. Bank	5⅔	4⅕	4	103,00 bzB
Königsb. Ver.-Bnk.	6	5	4	101,75 G
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	4⅔	4	72,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	10	4	149 50 B
Luxemburg. Bank	7⅓	10	4	140,25 bzG
Magdeburger do.	8³⁄₁₀	5⅕	4	113.50 bz
Meininger do.	2⅓	0	4	87.25 bzG
Nordd. Bank	8⅘	10	4	167,75 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	0	4	45,90 B
Oberlausitzer Bk.	4	4⅔	4	84.50 G
Oest. Cred.-Actien	8¾	11¼	4	493 50-494,50
Posener Pro.-Bank	4	7	4	116,50 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	6	4	93,25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	129 25 G
Sächs. Bank	5¾	6	4	119,90 B
Schl. Bank-Verein	5	6	4	107.25 G
Wiener Unionsbk.	5	6	4	196.00 G

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	16,25 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	— —

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	4,00 bzG
Märk.-Sch. Masch G	0	0	4	26,50 bzG
Nordd. Gummifab.	4	1½	4	39,40 B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	2	4	85,75 bzG
Schles. Feuervers.	21	22	fr.	1220 B
Bismarckhütte	7	12	4	115,25 bzG
Donnersmarkhütt.	½	1½	4	62 25 bzG
Dortm. Union	0	0	4	11,75 B
do. St.-P. Lit. A.	0	2	6	83,60 bz
Königs- u. Laurah.	1½	6½	4	116,60 bz
Lauchhammer	0	0	4	33,10 G
Marienhütte	2⅓	4	4	72,00 bzG
Cons. Redenhütte	4	8	4	166,00 B
do. Oblig.	6	6	6	104,00 bz
Schl. Kohlenwerke	6	—	fr.	c. 112,75 B
Schl. Zinkh.-Actien	5½	5½	4	95,50 bz
do. St.-Pr.-Act.	5½	5½	4½	101,50 B
do. Oblig.	—	5	5	— —
Oppeln. Portl. Cem.	3½	4¼	4	64,00 B
Groschowitzer dto.	2	4	4	73,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	74,00 bzB
Vorwärtshütte	0	0	4	19,00 B
Bresl. E.-Wagenb.	5⅔	3⅓	4	77,90 bz
do. ver. Oelfabr.	5⅔	7½	4	79,25 G
do. Strassenbahn	6	6¼	4	126,50 G
Erdm. Spinnerei	0	0	4	3[illegible],75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	6⅔	3	4	75,50 G
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	2	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	46,75 bzG
Schl. Leinenind.	5	6	4	94 25 G
do. Porzellan	1⅓	2	4	36.50 G
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	— —

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 28. November, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3procentige Rente 85, 60. Anleihe von 1872 119, 10. Italiener 87, 52½. Türken 12, 45. Türkenloose 42, —. Spanier exter. 21⁹⁄₁₆. Oesterr. Goldrente — —. Ungar. Goldrente 94¹³⁄₁₆. 1877er Russen 95⅝. III. Orientanleihe 57⅞. Egypter 336. Fest.

Frankfurt a. M., 28. Novbr. Nachmittags. [Effecten-Societät.] Darmstädter Bank 153¾, Oesterr.-ung. Bank 704, —, Creditactien 246¼, österr. Silberrente 62⅞, do. Papierrente 62¼, do. Goldrente 75, Ungar. Goldrente 93, Ungar. Staats-Loose 221, 1860er Loose 122¾, Böhm. Westbahn 209⅝, Elisabethbahn 179, Nordwestbahn 162, Galizier 239½, Franzosen 241¼, Lombarden 79¾, 1877er Russen 91¾, II. Orientanleihe 57⅛, Rhein. Eisenb.-St.-A. 159, Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 246¾, Franzosen 241¼.

Hamburg, 27. Nov., Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 100, Hamburger St.-Pr.-A. 124, Silberrente 62¾, Oest. Goldrente 74¾, Ung. Goldrente 93¼, Credit-Actien 246½, 1860er Loose 123¼, Franzosen 603½, Lombarden 201, Italien. Rente 86, 1877er Russen 91⅜, II. Orient-Anl. —, Vereinsbank 119¼, Laurahütte 116⅛, Nordd. 167¼, Commerzbank 121¾, Anglo-deutsche 78, 5% Amerikanische 94, Rhein. Eisenbahn 158⅝, do. junge 152¾, Berg.-Märk. do. 116⅞, Berlin-Hamburg do. 231. Altona-Kiel do. 157. Disconto 3½ %. Fest.

Hamburg, 27. Nov., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine still. Roggen loco ruhig, auf Termine still. Weizen per November 205 Br., 204 Gd., pr. April-Mai 213 Br., 212 Gd. Roggen pr. November 205 Br., 203 Gd., pr. April-Mai 191 Br., 190 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 56½, pr. Mai 57½. Spiritus geschäftslos, per November 49 Br., per December-Januar 49 Br., per Januar-Februar 49 Br., per April-Mai 49 Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum befestigt, Standard white loco 9, 30 Br., 9, 10 Gd., pr. November 9, 10 Gd., pr. December 9, 25 Gd. — Wetter: Milde.

Hamburg, 28. Nov., Nachmittags. [Privatverkehr.] Lombarden 197½, Creditactien 246½, Franzosen 603, 00, österr. Silberrente —, do. Papierrente —, österr. Goldrente 74¾, Ungarische Goldrente 93⅛, 1860er Loose 123, 1877er Russen 91¾, Bergisch-Märkische 116¾, II. Orient-Anleihe 55½, III. Orient-Anleihe 56, Laurahütte 116⅛. Geschäftslos.

Von heute ab findet an Sonn- und Festtagen kein Privat-Börsenverkehr mehr in der Börsenhalle statt.

Wien, 28. Novbr., Nachm. 12 Uhr 15 Min. [Privatverkehr.] Credit-Actien 286, 80, Franzosen 280, 75, Galizier 278, 50, Anglo-Austr. 125, 75, Lombarden 93, 00, Papierrente 72, 55, Oesterr. Goldrente 87, 15, Ungarische Goldrente 108, 40, Marknoten 58, 05, Napoleons 9, 35, Franz-Josefs-Bahn 183, 50. Lustlos.

Liverpool, 27. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Steigend. Middl. amerikanische November-Lieferung 6¹³⁄₁₆, Dec.-Januar-Lieferung — D. Tagesimport 29,000 Ballen, davon 24,000 B. amerikanische, 5000 B. egyptische.

Liverpool, 27. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Amerikaner, sowie fair und good fair Domrah und Dhollerah ¹⁄₁₆ D. höher. Middl. amerikanische December-Januar-Lieferung —, Januar-Februar-Lieferung 6¹³⁄₁₆, März-Lieferung 6²⁹⁄₃₂ D.

Pest, 27. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco ruhiger, auf Termine lustlos, pr. Frühjahr 12, 17 Gd., 12, 22 Br. — Hafer per Frühjahr 6, 35 Gd., 6, 37 Br. — Mais per Mai-Juni 6, 22 Gd., 6, 25 Br. — Wetter: Trübe.

Paris, 27. Novbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per Novbember 29, 80, pr. December 29, 00, pr. Januar-April 28, 60, per März-Juni 28, 40. Roggen ruhig, per November 23, 60, per März-Juni 23, 00. Mehl behauptet, per Nov. 62, 00, per Decbr. 62, 00, per Januar-April 60, 10, per März-Juni 60, 00. Rüböl behauptet, per November 75, 50, per Decbr. 75, 25, per Januar-April 76, 25, per Mai-August 77, 50. Spiritus weichend, per Novbr. 59, 50, per December 60, 00, per Januar-April 60, 50, per Mai-August 59, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 27. November, Nachmittags. Rohzucker 88° ruhig, loco 55, 00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kgr. per November 61, 30, per December 61, 50, per Jan.-April 62, 00.

London, 27. Novbr., Nachm. Havannazucker Nr. 12 23½. Ruhig.

Antwerpen, 27. November. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen unverändert. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 27. Nov., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23⅛ bez., 23¾ Br., per December 23⅛ bez., 23¾ Br., per Januar-März 23⅛ Br. — Weichend.

Bremen, 27. November, Nachmittags. Petroleum Schluß besser. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 90—9, 05, per December 8, 90 bis 9, 05, per Januar-März 9, 10—9, 25. Alles bezahlt.

Glasgow, 27. Novbr. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 482,000 Tons gegen 388,400 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen 120 gegen 99 im vorigen Jahre.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Verantwortlich für den Inseratentheil: Oscar Meltzer.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.